Journalistenblatt

2
2019

Die Journalistenverbände informieren | 14. Jahrgang

www.journalistenblatt.de

Herausgeber

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

Aktham Suliman, deutsch-syrischer Nahostexperte und Journalist

Krieg und Chaos in Nahost

eine arabische Sicht

Nahostexperte Aktham Suliman, ab Seite 16

Can Dündar – eine Stimme im Exil 4

Journalistenschule eröffnet 20

Quellenschutz und Redaktionsgeheimnis 28

HAMBURGER STIFTUNG
für politisch Verfolgte

33 Jahre Stimmen für die Freiheit

„Malediven - kein Paradies für Demokratie.

Ich kämpfe für die Menschenrechte.“

Shahindha Ismail aus Malé

Seit über drei Jahrzehnten rettet die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte mutige Menschen wie Shahindha Ismail, Stipendiatin in diesem Jahr.

Für die Einladung unserer Gäste in 2019 brauchen wir Ihre Unterstützung!

Jetzt informieren & spenden

www.hamburger-stiftung.de

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

BIC: HASPDEHHXXX, IBAN: DE 5320 0505 5010 2225 0359

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der Monat Mai steht seit jeher im Zeichen der Pressefreiheit. Am 3. Mai, dem internationalen Tag der Pressefreiheit, hat die UNESCO zur bedeutendsten Konferenz anlässlich dieses Tages nach Addis Abeba (Äthiopien) geladen. Vertreter von DPV und bdfj ließen es sich nicht nehmen, die deutsche Presselandschaft dort mit zu vertreten.

Dass es um die Pressefreiheit in der Welt nicht immer gut bestellt ist, macht auch das Interview mit Can Dündar deutlich. Der Chefredakteur des türkischsprachigen Exilmediums *#Özgürüz* lebt zurzeit in Deutschland im Exil und sieht die derzeitigen Entwicklungen – auch hier in Europa – sehr kritisch. Das Interview mit ihm sowie einen Gastbeitrag von ihm lesen Sie ab Seite vier.

Oft wird von vielen unterschiedlichen Seiten Journalisten vorgeworfen, einseitig und tendenziös zu berichten. Selten folgen auf diese Vorwürfe auch Beweise oder Belege. Anders verhält sich da der Vorwurf von Aktham Suliman. Der deutsch-syrische Journalist kündigte im Jahr 2012 nach zehn Jahren aus Protest gegen zunehmend tendenziöse Berichterstattung seinen Job als Berliner Büroleiter des arabischen Nachrichtensenders *Al Jazeera*. Suliman studierte Publizistik, Politologie und Islamwissenschaft und lebt heute als freier Autor in Berlin. Das **journalistenblatt** sprach mit ihm über seine Sicht auf die Medienwelt (Seite 16 ff).

Immer wieder berichteten wir über die Situation von Journalisten im Nahen Osten bzw. Südasien. Und organisieren Pressereisen in diese Regionen, um den deutschen Kollegen einen Blick in diese fremde Welt zu ermöglichen. Auf der letzten Reise im Frühjahr nach Pakistan konnte dabei ein ganz besonderes Projekt besucht werden: die Eröffnung des „Institute of Journalism", einer Schule für angehende Journalisten in Lahore. Der Bericht darüber ab Seite 20.

Auch darüber hinaus haben wir wieder spannende und interessante Themen für Sie zusammengestellt. Unser Hausjustiziar wirft einen Blick auf die Auswirkungen des neuen Urheberrechts (Seite 22), Walther Bruckschen informiert über das spannende Feld von Webinaren (Seite 26), und Cord Heinichen blickt für Sie auf die Themen Quellenschutz Redaktionsgeheimnis (S. 28).

Wir wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.
Ihre Redaktion des **journalistenblatt**

www.journalistenblatt.de

Inhaltsverzeichnis

4 **Eine Stimme im Exil**
Can Dündar ist Chefredakteur des türkischsprachigen Exilmediums *#Özgürüz* und schreibt eine wöchentliche Kolumne bei *Zeit Online* über die Krise in der Türkei. Mit dem Journalistenblatt sprach er über die Identitätskrise der türkischen Community, das Versagen der deutschen Regierung in der Integrationsfrage und sein Exil in Deutschland

8 **Schau dir den Hans an!**
Manchmal sieht es so aus, als erschöpfe sich die regierungstreue Presse in der Türkei in Blättern ohne größere Reichweite – und wenn Regierungsvertreter etwas zu sagen haben, wird daraus eine Schlagzeile. Can Dündar über Deutschland in der türkischen Presse

16 **Das Überlegenheitsgefühl des Westens**
Der deutsch-syrische Journalist Aktham Suliman studierte Publizistik, Politologie und Islamwissenschaft und lebt als Autor in Berlin. Sein Buch „Krieg und Chaos in Nahost – eine arabische Sicht" wirft einen anderen Blick auf die Konflikte im Nahen Osten. Mit dem Journalistenblatt sprach er über den deutschen Journalismus, punktuelle Berichterstattung und den „Experten-Journalismus"

20 **Klein, aber fein: die jüngste Pressereise**
In den letzten zehn Jahren, in denen ich Pakistan, den Iran und viele andere Länder als Reiseleiter bereist habe, war jede Exkursion für sich etwas Besonders. Jedoch sticht meine jüngste Pressereise nach Lahore hervor, weil es ein besonders außergewöhnliches Erlebnis war

22 **Alles schwarz Dank Upload-Filter?**
Der 15. April 2019 – ein „schwarzer Tag für die Meinungsfreiheit" wegen des zukünftig zu erwartenden Einsatzes so genannter Upload-Filter durch Betreiber von Online-Plattformen?

24 **Die digitale Überforderung**
Private Daten vieler Bundestagsabgeordneter, Prominenter und Journalisten sind Anfang Januar gegen ihren Willen veröffentlicht worden. Kurz darauf wurde zudem publik, dass weltweit Milliarden von E-Mail-Adressen mit den dazugehörigen Passwörtern gehackt wurden. Wie kann das passieren?

26 **Umsatz und Marketing im Web**
So werden eigene Webinare erfolgreich
Wer Inhalte vermitteln oder Produkte und Dienstleistungen verkaufen will, kommt mittlerweile um Webinare (= Online-Seminare) kaum herum. Mit moderner Technik ist es jedermann möglich, diesen Kanal zu nutzen

28 **Wenn der Staatsanwalt klingelt –**
Quellenschutz und Redaktionsgeheimnis
Die Exekutive erliegt immer wieder mal der Versuchung, bei unliebsamer Berichterstattung das Recht zu ihren Gunsten auszulegen. Besonders die Veröffentlichung dienstlicher Interna ist ihr ein Dorn im Auge. Doch das Grundgesetz schützt die publizistische Tätigkeit der Medienangehörigen

29 **Impressum**

31 **Engagement – RückBLENDE**

Titelfoto: Bernd Lammel

Eine Stimme im Exil

Can Dündar ist Chefredakteur des türkischsprachigen Exilmediums *#Özgürüz* und schreibt jede Woche in einer Kolumne bei *Zeit Online* über die Krise in der Türkei. Mit dem journalistenblatt sprach er über das Exil in Deutschland, die Demokratie in der Türkei, die Identitätskrise der türkischen Community und das Versagen der deutschen Regierung in der Integrationsfrage.

? Seit Sie im Exil in Deutschland leben, haben Sie mehrere Bücher geschrieben. In Ihrem jüngsten Werk mit dem Titel „TUT WAS!" schreiben Sie: „Die Demokratie hat die Hoffnung auf die Zukunft in der Türkei verloren". Das ist eine düstere Beschreibung der Situation. Gibt es für die Demokratie keine Hoffnung in der Türkei?

! Ich bin in Bezug auf die Demokratie prinzipiell ein hoffnungsvoller Mensch – was die Demokratie in der Türkei angeht, aber auch weltweit. Allerdings ist die Situation im Moment sehr besorgniserregend – in der Türkei und weltweit. Sogar in den USA ist es vermutlich zum ersten Mal so, dass es für die Demokratie wenig Hoffnung gibt. In Europa werden europäische Werte und Standards mit Füßen getreten. Schauen Sie nach Ungarn oder nach Polen. Die Entwicklung der Demokratie ist in Lateinamerika – konkret in Brasilien – besorgniserregend. Deshalb ist es an der Zeit, dass die Demokraten auf der ganzen Welt zusammenhalten und Widerstand leisten gegen diese Veränderungen. Und das bedeutet: TUT WAS!

? Laut Demokratieindex 2017 lebten nur 4,5 Prozent aller Länder in demokratischen Verhältnissen. In Europa gibt es zum Beispiel in Holland und Frankreich – Polen und Ungarn hatten Sie schon erwähnt – erstarkende populistische Parteien, die eine Gefahr für die Demokratie sind. In Deutschland wird die AfD stärker und in der Türkei, die (noch) ein demokratisches Land ist, unterdrückt Erdoğan die Pressefreiheit und die Menschenrechte. Der Ruf nach einem „starken Mann" wird lauter und es stellt sich die Frage: Warum?

! Die Menschen haben ein sehr starkes Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz und ihre Angst ist natürlich real. Nehmen wir Frankreich, dort wurden seit 2015 mehrere Terroranschläge verübt. Am 7. Januar gab es einen Terroranschlag auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo", am 25. April geschah ein Mord im Pariser Vorort Villejuif und im November starben 130 Menschen bei einem Konzert im Bataclan. Im Juli 2016 wurden 84 Menschen in Nizza getötet, als ein Lastwagen in eine Menschenmenge raste und im Dezember 2016 gab es den Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt, der ebenfalls mit einem Lkw verübt wurde. In Istanbul gab es in der Silvesternacht 2016/2017 einen Anschlag auf einen Nachtclub, bei dem 39 Menschen ihr Leben verloren haben. Die Menschen fühlen sich durch solche Anschläge schutzlos. Nach solchen Ereignissen, die sich seit 2015 gehäuft haben, ist der Ruf nach einer starken Regierung, nach stärkeren Gesetzen und nach einem „starken Mann" einem „Führer" besonders laut und dafür verzichtet man auf demokratische Rechte und stimmt schärferen Gesetzen zu, die mehr Sicherheit versprechen.

> Der Putschversuch in der Türkei war sozusagen der türkische Reichstagsbrand mit denselben Konsequenzen – die Geschichte wiederholt sich leider oft.

? In der Türkei gibt es diesen vermeintlich „starken Mann", aber der konnte den Anschlag auf die Bar in der Silvesternacht auch nicht verhindern. Präsident Erdoğan nutzt seine Macht, um Journalisten, die ihn kritisieren, mundtot zu machen und sie als Terroristen zu bezeichnen. Das hat nichts mit Sicherheit zu tun, das ist auch keinesfalls demokratisch ...

! Demokratie sollte auch die Menschen akzeptieren, die nicht an sie glauben. Erdoğan glaubt nicht an Demokratie, davon bin ich überzeugt, aber die Demokratie ist eine Staatsform, in der alle Menschen einen Platz finden, auch die, die sie ablehnen. Täte man das nicht, würde man die Hälfte der Menschen in der Türkei von der Demokratie ausschließen. In Deutschland stellen sich viele die Frage, ob zum Beispiel die AfD einen Platz in einem demokratischen System verdient, obwohl sie ganz offensichtlich nicht an die Demokratie glaubt.

? Der Unterschied zu einem demokratischen Parlament wie dem Deutschen Bundestag und dem türkischen Parlament ist, dass Erdoğan quasi „Alleinherrscher" ist, er hat keine Konkurrenz, denn es gibt keine Opposition.

! Es gibt keine Opposition, obwohl es vier weitere Parteien im türkischen Parlament gibt. Erdoğan hat allerdings die Bedingungen des Mitspracherechtes so verändert, dass das Parlament und die darin vertretenen Parteien keine Macht haben. Die große Frage aller Demokraten sollte deshalb sein: Sollen wir die Türen schließen vor Menschen, die die Demokratie ablehnen, vor Menschen wie Erdoğan, Putin oder den Mitgliedern der AfD?

Ich habe in meinem Buch versucht, folgendes zu erklären: Gegen Erdoğan, Trump oder Putin allein zu kämpfen ist nicht genug. Es muss in der Frage der Sicherheit eine praktikable Lösung für die Menschen geben – wenn das gelingen könnte, hätten Erdoğan, Putin oder Trump keine Argumente mehr, die die Menschen „verführen" an sie zu glauben und ihnen zu vertrauen. ▶

Can Dündar, Gründer und Chefredakteur der journalistischen Plattform *#Özgürüz*

Foto: Bernd Lammel

Foto: Bernd Lammel

? In der Türkei wurden seit dem Putschversuch 130 Medien geschlossen, 200 Journalisten sitzen im Gefängnis. Sie müssen im Exil leben. Welche Perspektive gibt es Ihrer Meinung nach heute für die Freiheit der Meinung und die Freiheit der Presse in der Türkei?

! Dieselbe Frage stellte sich Stefan Zweig Ende der 1930er-Jahre. Er musste sein Land verlassen und im Exil leben, weil die deutschen Medien weitestgehend zerstört waren. Der Putschversuch in der Türkei war sozusagen der türkische Reichstagsbrand mit denselben Konsequenzen. Erdoğan hat den Putschversuch genutzt, um die Opposition zu zerstören – so wie Hitler den Reichstagsbrand genutzt hat, um die Opposition in Deutschland auszuschalten. Es sind dieselben Konsequenzen, die Geschichte wiederholt sich leider oft. Die Journalisten und alle freiheitsliebenden Menschen müssen aufbegehren und ihre Rechte zurückfordern. Wenn wir uns mit der Solidarität von Freunden und Kollegen im Ausland organisieren, werden wir unsere demokratischen Rechte zurückerhalten. Wenn nicht, werden wir wie Stefan Zweig im Exil sterben.

? Sie sind als Journalist in einer ähnlichen Situation wie Stefan Zweig vor fast 80 Jahren. Sie haben Ihre Familie verloren, Sie haben Ihr Land und Ihre Sprache verloren. Wo sehen Sie Ihre Zukunft?

! Ich lebe zum Glück in Deutschland im Exil, da ist Türkisch eine sehr verbreitete Sprache und ich fühle mich hier nicht so sehr als Fremder. Einerseits spreche ich sehr viel Englisch und ich lerne intensiv Deutsch – gleichzeitig kann ich meine Muttersprache nutzen, weil ich für ein türkisches Medium, die Zeitschrift *#Özgürüz* in türkisch schreibe …

? … es ist aber nicht dasselbe.

> Ich hatte in der Türkei keine Stimme mehr und es war mir nicht erlaubt, mich als Journalist in meiner eigenen Sprache zu artikulieren.

! Nein, natürlich nicht. Aber ich hatte in der Türkei keine Stimme mehr und es war mir nicht erlaubt, mich als Journalist in meiner eigenen Sprache zu artikulieren. Ich stand also vor der Wahl: In der Türkei zu leben, aber nicht sprechen zu dürfen oder in einem anderen Land frei zu leben und mich dort frei zu äußern. Diese Zukunft erscheint mir die bessere Wahl.

? Fühlen Sie sich in Deutschland sicher?

! Nicht völlig. Erdoğan animiert seine Anhänger dazu zu spionieren. Das kann ein Taxifahrer sein oder der Nachbar. Es ist besser, immer aufmerksam zu bleiben.

? Erdoğan hat in Deutschland viele Anhänger und er übt offenbar eine große Macht auf die Community aus. Sehen Sie die deutsche Regierung in der Pflicht, ihm Einhalt zu gebieten?

! Die deutsche Regierung hat damit viel zu lange gewartet, sie hätte ihm längst Einhalt gebieten müssen. In den letzten drei Generationen wurde die Integrationspolitik sehr vernachlässigt und wir sehen jetzt das Ergebnis dieser falschen Integrationspolitik.

? Wir reden über die Ignoranz der Politik gegenüber der türkischen Community?

! Ja. Die türkische Community hat eine Identitätskrise. Ich denke, dass die Unterstützung Erdoğans damit zusammenhängt. Erdoğan gab der türkischen Community in Deutschland eine Identität und sagte: Ihr seid Türken, ihr seid die mächtigste Nation der Welt. Leider hat es die deutsche Regierung nicht geschafft, den in Deutschland lebenden Türken eine eigene Identität zu vermitteln. Als sie Erdoğan aus der Türkei sagen

hörten: „We make Turkey great again – ihr seid großartiger als die Deutschen und ich bin euer Führer, nicht der deutsche Bundespräsident", stieß das nicht auf taube Ohren. Dadurch fühlten sie sich stolz, sie fühlten sich türkisch und entfernten sich mehr und mehr von einer deutschen Identität. Das ist Erdoğans Politik und unglücklicherweise hat die deutsche Regierung keine Lösung anzubieten. Es muss eine neue Politik entwickelt werden, die diesen Menschen das Bewusstsein gibt, nicht Bürger zweiter Klasse zu sein.

? Zu Erdoğans Strategie gehört auch, Journalisten zu Terroristen zu erklären.

! Natürlich – und nicht nur Journalisten. Das bedeutet aber auch, dass mindestens 25 Millionen Terroristen in der Türkei leben, denn es gibt 25 Millionen Menschen, die Erdoğan ihre Stimme nicht gegeben haben. Wenn so viele Terroristen in einem Land leben, gibt es entweder ein Terrorproblem oder ein Problem mit der Definition des Terrors.

? In Ihren Buch „Der Verräter" schreiben Sie, Sie fühlen sich nicht länger als Journalist. Können Sie das erklären?

! Wenn ich noch ein Journalist wäre, würde ich dort sitzen, wo Sie jetzt sitzen und ich würde Ihnen Fragen stellen. Im Moment fühle ich mich als Aktivist, weil ich meine Arbeit nicht ausüben kann.

> Erdoğan gab der türkischen Community in Deutschland eine Identität und sagte: Ihr seid Türken, ihr seid die mächtigste Nation der Welt.

? Gibt es in der Türkei noch eine fortschrittliche und demokratische Zivilgesellschaft, die hinter Ihnen steht?

! Ich denke, die Hälfte der Gesellschaft steht hinter mir. Das Problem ist, dass sie Angst haben unter Druck gesetzt und bedroht zu werden. Deswegen wagen es die Menschen nicht, sich zu äußern. Aber ich kann trotz dieser Stille ihre Stimmen hören, und das gibt mir Hoffnung. Diese Menschen sind nicht weg und sie werden ihre Stimme eines Tages erheben.

? Woher nehmen Sie die Kraft, immer weiterzumachen?

! Ich lese Geschichtsbücher.

? Welche?

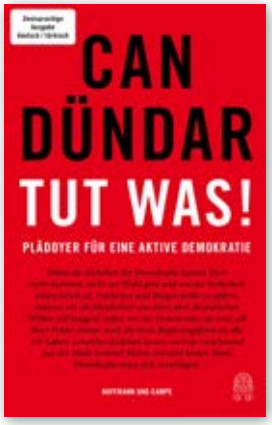
! Zum Beispiel die deutsche Geschichte. Sie ist das beste Beispiel, dass diktatorische Regime fallen, das Mauern eingerissen werden können. Unter jedem Schuttberg kann neues Leben entstehen und extreme Unterdrückungssysteme können überwunden werden. Erinnern Sie sich an Deutschland nach dem 2. Weltkrieg. Es lag in Ruinen. Zwanzig Jahre später ging eine Mauer quer durch die Stadt. Wenn ich heute den Mauerweg entlanggehe, dann denke ich: Es war so einfach, eine einzige Nacht kann alles ändern! Die Geschichte ist voller Überraschungen und ich bin nicht hoffnungslos.

Das Interview führte
Bettina Schellong-Lammel

Der Journalist Can Dündar und die türkische Justiz

Obwohl der türkische Journalist, Dokumentarfilmer und Buchautor Can Dündar seit bald drei Jahren im deutschen Exil lebt, ist er weiterhin einer der angesehensten Journalisten der Türkei. So schaffte er es, die im Auflagenschwund befindliche Tageszeitung Cumhuriyet wieder nach oben zu bringen, stellte dazu neue, junge Journalisten ein, berichtete über Korruption und Unterdrückung von Minderheiten. Noch 2016 wurde das Blatt mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Doch nach dem Putschversuch im Sommer 2016 änderte sich für Journalisten in der Türkei, die nicht pro Erdoğan schrieben, alles. Mehr als 130 Medien wurden geschlossen, 200 Journalisten verhaftet. Die Vorwürfe lauteten wahlweise auf Terrorismus oder Spionage, Beleidigung des Präsidenten oder sie waren verdächtig, der Bewegung des Geistlichen Fethullah Gülen anzugehören. Beweise? Mangelware. Viele Journalisten sind bis heute nicht angeklagt, sondern sitzen ohne Anklage in Untersuchungshaft und bekommen oft keinen Kontakt zu einem Anwalt.

Nachdem Can Dündar in Cumhuriyet einen Artikel mit der Überschrift „Hier sind die Waffen, die Erdoğan leugnet" veröffentlichte, platzte dem türkischen Staatspräsidenten offenbar der Kragen: Dündar wurde der Spionage angeklagt und schließlich der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen für schuldig befunden und zu fünf Jahren und zehn Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Doch der Chefredakteur ließ sich nicht einschüchtern, legte Revision ein und erzielte einen Etappensieg: am 25. Februar 2016 erklärte das türkische Verfassungsgericht die Untersuchungshaft gegen Dündar für nicht rechtens – er wurde aus der Untersuchungshaft entlassen. Erdoğan kritisierte die Entscheidung des Verfassungsgerichts und am 25. März begann der Cumhuriyet-Prozess in dessen Folge Dündar schließlich wegen „Beleidigung des Staatspräsidenten" zu einer Geldstrafe von 9.000 Euro (29.000 Türkischen Lira) verurteilt wird. Wenige Wochen später scheitert ein Attentatsversuch auf ihn. Schließlich hebt das Gericht das Ausreiseverbot gegen Can Dündar auf – Anfang Juli 2016 geht er ins Exil nach Deutschland. Doch die türkische Justiz gibt nicht auf: Im September 2017 beantragt sie bei Interpol einen internationalen Haftbefehl und die Auslieferung an die Türkei. Auch der türkische Präsident Erdoğan lässt nicht nach und fordert bei seinem Staatsbesuch in Deutschland Ende September 2018 die Auslieferung Can Dündars und weiterer 68 Personen an die Türkei. Die deutsche Regierung jedoch bleibt hart. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Tayyip Erdoğan in Berlin betont Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst 2018 die tiefgreifenden Differenzen zwischen der Türkei und Deutschland hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit und der Pressefreiheit. Eine Auslieferung lehnt Deutschland ab.



Can Dündar
Tut was!
ISBN: 978-3-455-00453-3
Preis: 8 Euro
www.hoffmann-und-campe.de

Schau dir den

von Can Dündar

Manchmal sieht es so aus, als erschöpfe sich das Phänomen regierungstreuer Presse in der Türkei in schönfärberischen Blättern ohne größere Reichweite, die eigentlich nur gedruckt werden, damit Erdoğan sich freut, wenn er sie liest. Tatsächlich aber hat die regierungstreue Presse auch andere Funktionen. Zum Beispiel kann man aus ihr den Pulsschlag der Mächtigen ablesen. Wenn Regierungsvertreter etwas zu sagen haben, wird daraus eine Schlagzeile. Steht ein Politikwechsel an, lassen sich die ersten Anzeichen dafür der Regimepresse entnehmen. Bevor die Polizei im großen Stil zuschlägt, leakt sie Informationen über die Betroffenen an die Regimepresse. Deshalb lesen sich diese Blätter oft wie ein Psychogramm der Machthaber: Sind sie in Angriffsstimmung, leeren die Schlagzeilen kübelweise Hass aus, sind sie defensiv, werden die Zeitungsbögen zu Schutzschilden.

Die regierungstreue Presse bietet also mehr als genug Material, um den Verlauf der deutsch-türkischen Beziehungen nachzuzeichnen.

Im Jahr 2017 fanden in den beiden Ländern jeweils kritische Wahlen statt: in der Türkei das Verfassungsreferendum vom 16. April und in Deutschland die Bundestagswahlen vom 24. September. Diese beiden Daten bildeten Höhepunkte der politischen Spannungen ab. In der Diskussion um die Rolle der Medien in der Gestaltung der bilateralen Beziehungen kommt den Schlagzeilen der sechs Monate zwischen diesen beiden Wahlen eine besondere, politische Bedeutung zu. Meine Analyse bezieht sich

Die regierungstreue Zeitung *Güneş* zeigt in ihrer Ausgabe am 17. März 2017 die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Hakenkreuz und Hitlerbart und titelt: „Hässliche Tante“ und „Frau Hitler“

Foto: AFP Photo/Yasin Akgül

Hansan!

exemplarisch auf *Akşam* (Der Abend), eine von Erdoğan besonders geschätzte Tageszeitung. Ich habe dokumentiert, wie sich die Spannungen zwischen Deutschland und der Türkei in diesem Zeitraum auf den Titelseiten von *Akşam* widergespiegelt haben.

Akşam gibt die Auflage mit 100 000 Exemplaren an, unabhängigen Schätzungen zufolge sollen jedoch nur 10 000 Exemplare verkauft werden. Seit 2013 gehört das Blatt Ethem Sancak, der mit der Gruppe Es Medya drei Tageszeitungen und zwei Fernsehsender besitzt. Sancak ist als ein Erdoğan persönlich nahestehender Unternehmer der Vorstandsvorsitzende der Mediengruppe und gleichzeitig Mitglied im Parteivorstand der AKP. In einer Talkshow sagte er einmal, er habe sich sofort in Erdoğans Ehrlichkeit verliebt, als er ihn kennenlernte. „So eine göttliche Liebe kann es auch zwischen zwei Männern geben", sagte er wörtlich. Es ist also davon auszugehen, dass die Redaktionspolitik von *Akşam* die Perspektive Erdoğans recht treu wiedergibt.

Sancak ist allerdings nicht nur Medienunternehmer. Ihm gehört zudem die Gruppe BMC, die auch in der Rüstungsindustrie tätig ist. In einem Joint Venture mit Rheinmetall plant BMC, in der Türkei Panzer zu fertigen. Daher ist es sinnvoll, die hetzerischen Schlagzeilen der Zeitung und die Liebe ihres Besitzers zu Erdoğan auch aus dieser Perspektive zu betrachten.

Schauen wir also, wie die Schlagzeilen der türkischen Regimepresse in den sechs Monaten der historischen Krise von chauvinistischen Prahlereien zu offener Hate Speech anschwollen. ►

Mehr als sechs Krisen in sechs Monaten

In den kritischen sechs Monaten zwischen den beiden Wahlen ereigneten sich mehr als sechs Einzelkrisen:

- Die Bundesrepublik nahm Offiziere, die der Planung des versuchten Militärputsches verdächtigt werden, als Asylsuchende auf.
- Einigen deutschen Bundestagsabgeordneten wurde der Zugang zur Militärbasis Incirlik verwehrt, woraufhin Deutschland den Stützpunkt aufgab.
- DITIB-Imame wurden der Spionage verdächtigt.
- Erdoğan und seinen Ministern wurde nicht gestattet, in Deutschland Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten.
- Der deutsche Menschenrechtsverteidiger Peter Steudtner wurde in Istanbul verhaftet.
- Erdoğan brachte Nazivergleiche gegen die Bundesregierung und rief dazu auf, keine Parteien zu wählen, die „Feinde der Türkei" seien.
- Es wurde eine Liste mit deutschen Firmen veröffentlicht, die Parteigänger der Gülen-Bewegung sein sollten.
- Sigmar Gabriel rief deutsche Firmen dazu auf, keine Investitionen in der Türkei mehr zu tätigen.

Diese Krisen steigerten die Spannungen zwischen beiden Ländern täglich um eine neue Dosis. Sie fanden ihren Widerhall in den Schlagzeilen der regierungstreuen Presse, insbesondere von *Akşam*. Die Kriegspropaganda eines Medienunternehmers, der mit einem deutschen Unternehmen im Waffengeschäft zusammenarbeitet, wird sicher in die Pressegeschichte eingehen.

Wahlkampfauftritte

Die ersten Anzeichen für einen Flächenbrand gab Erdoğans Ankündigung, in Deutschland auf Wahlkampfveranstaltungen für sein Verfassungsreferendum auftreten zu wollen.

Am 6. März 2017 titelte *Akşam*: „Letztes Wort: Ich komme nach Deutschland!" – „Wenn ich will, dann komme ich auch. Wenn ihr mich nicht zur Tür reinlasst, versetze ich die Welt in Aufruhr", hatte Erdoğan gesagt. Gleichzeitig hatte er kritisiert, dass Cemil Bayık im Namen der PKK-Führung über Satellit eine Live-Botschaft an eine Versammlung in Deutschland abgeben durfte, und beschwerte sich: „Mir werden Auftritte verboten, aber Bayık darf das. Deutschland muss wegen Terrorunterstützung verurteilt werden."

Akşam verstand die Botschaft und kam, während die diplomatischen Beziehungen durch Nazivergleiche vergiftet wurden, mit einer Titelseite raus, die Merkel unter der Schlagzeile „Terrorschwester" zeigte. Der zugehörige Artikel listet die in Deutschland erlaubten Veranstaltungen der PKK auf und gibt eine Aussage eines Sprechers des Präsidentenpalastes wieder, der Merkel mit „Nazi" gleichsetzt.

Nur drei Tage später trifft das Adjektiv „Nazi" die Niederlande. Da die holländische Polizei die türkische Familienministerin nicht ins türkische Konsulat ließ und eine Demonstration mit Polizeihunden auflöste, lautete die Überschrift „Nazihunde". Warum die Zeitung das Nazi-Wort plötzlich so gern verwendete, löste sie einige Tage später auf. Erdoğan sagte im *Akşam*: „Wenn ihr mich Diktator nennt, dann nenne ich euch Nazi."

Deniz Yücel

Akşam und allgemein die regierungsnahe Presse stürzen sich besonders häufig auf türkeistämmige deutsche Staatsbürger.

15 TEMMUZ'DA MİLLETİ BOMBALAYANLAR 'HAYIR'CIYDI

İstanbul'daki Kadın ve Demokrasi Buluşması'nda "Hayır'la Kandil'in değirmenine su taşımayın" diyen Erdoğan, "Darbe gecesi F16'lardan bomba yağdıranlar bugünün hayırcıları" şeklinde konuştu. » 13'TE

ALMANYA'YA 'GELİRİM' RESTİ

Cumhurbaşkanı Erdoğan, bakanların programlarını iptal eden Almanya'ya rest çekti. Yapılanın Nazi uygulamalarından farklı olmadığını vurgulayan Erdoğan " Sizin demokrasiyle yakından uzaktan alakanız yok. Zannediyorlar ki Erdoğan Almanya'ya gelecekti. Ben istersem gelirim. Ve kapıdan sokmadığınız zaman dünyayı ayağa kaldırırım" ifadelerini kullandı. » 13'TE

„Letztes Wort: Ich komme nach Deutschland!" 6. März 2017

KANDİL ABLASI!

Türk bakanları sürekli engelleyen Almanya, söz konusu terör örgütü olunca her türlü serbestliği tanıyor. İşte HDK'nin hiçbir engelle karşılaşmadan düzenlediği etkinlikler ve Alman ikiyüzlülüğü!

ADAM GİBİ RİCA EDERLERSE ERTELERİM

'NAZİ'YE ANINDA YANIT!

„Terrorschwester" 10. März 2017

Can Dündar, Chefredakteur der journalistischen Plattform *#Özgürüz*
Foto: Bernd Lammel

Erdoğan hat in seinen Reden manchmal darauf hingewiesen, dass er sich nicht nach einem Hans oder einem George richtet, wenn er Entscheidungen fällt.

Personen wie Deniz Yücel, Cem Özdemir oder Sevim Dağdelen werden in erster Linie nicht als Deutsche, sondern als Türken gesehen und folglich als „Vaterlandsverräter" beschimpft.

Am 14. März 2017 schießt *Akşam* gegen Deniz Yücel, der im Gefängnis von Silivri in Einzelhaft gehalten wird, ohne dass (seit mittlerweile über 300 Tagen) eine Anklage erhoben wurde.* Es ist ein Beispiel für die Zusammenarbeit der Presse mit Polizei und Staatsanwaltschaft, denn Yücel werden in dem Artikel „schmutzige Beziehungen" vorgeworfen. Unter der Überschrift „Das sind Deniz' Qualifikationen" werden, vermutlich aus den Ermittlungsakten geleakte, Details über Telefongespräche veröffentlicht, die Yücel mit der PKK zugerechneten Personen geführt haben soll. Dazu gibt es ein Foto, das ihn in einer Interviewsituation zeigt, mit der Frage: „Und das soll ein Journalist sein?"

Am nächsten Tag kommt die Vorverurteilung wieder direkt in die Überschrift: „FETÖ-Liebhaber und PKK-Freund". Anlass ist die Nachricht, dass bei einer Durchsuchung der Wohnung von Deniz Yücel in dessen Bücherregal ein verstecktes Buch von Fethullah Gülen gefunden worden sei. Nach den strengen Maßstäben der regimetreuen Presse ist das Beleg genug dafür, dass hier jemand ein ausgemachter „FETÖ-Liebhaber" sein muss. ▶

İŞTE DENİZ'İN MARİFETLERİ

(BU MU GAZETECİ)

Merkel'in defalarca serbest bırakılmasını istediği İlker Deniz Yücel'in tüm kirli bağlantılarına AKŞAM ulaştı. İşte Yücel'in gazeteci adı altında yürüttüğü terör faaliyetleri:

Edirne'deki bir otelde iki yıl önce PKK'lı Esra Gültekin ile aynı odada kaldı. İkisinin telefon kayıtlarında da terör örgütü üyeleri ve örgütün medyadaki üyeleriyle sık sık görüştükleri ortaya çıktı.

Yücel'in PKK yöneticilerinden İsmail Özden'in kızı L.F. ile şifreli haberleştiği tespit edildi. Cevapsız aramalar sonrası ikilinin takipten kaçmak için görüşmeleri internet üzerinden sürdürdüğü anlaşıldı.

19 Nisan 2016'da F. ile birlikte Kandil'e geçen ve bir hafta sonra yeniden Türkiye'ye dönen Yücel, örgütün üst düzey yöneticilerinden aldığı talimatlar doğrultusunda yazılar yazdı.

İkilinin Kandil'de bulunduğu süre içinde Jirki aşiret liderine saldırı oldu. Nusaybin, Mardin Mazdağı ve Bursa Ulucami'de canlı bomba saldırıları bu görüşmeler sonrası gerçekleştirildi.

F.nin Almanya'dan 28. diğer Avrupa ülkelerinden 25 farklı numarayla sürekli iletişim kurduğu, örgütün dağ kadrosundan Kendel kod adlı Ömer Demir'le yoğun konuşma trafiği olduğu anlaşıldı.

Yücel, Kandil'de terör örgütü PKK'nın en üst düzey yöneticilerinden Cemil Bayık'la yaptığı röportajla gündeme gelmişti.

LEVENT ALBAYRAK - 14

„Das sind Deniz' Qualifikationen" 14. März 2017

* Deniz Yücel kam am 16. Februar 2018 aus türkischer Haft frei. (A.d.R.)

PENSİLVANYA ŞANSÖLYESİ

Türkiye düşmanlığını gizlemeyen Almanya Başbakanı Merkel, FETÖ'ye de kalkan oldu. Etiyopya'da kapatma kararı alınan 6 okulu Almanlar aldı.

GEREKÇE EKONOMİK!

Türkiye'nin girişimleri sonucu Afrika'da kapatılan FETÖ okullarını Almanya kalkan oldu. Etiyopya'da faaliyetleri durdurulan ve ekonomik bahanelerle kapatılma kararı alındığı öğrenilen 6 okulu Almanlar yatırımcıların satın aldığı ortaya çıktı.

FAALİYETLERE DEVAM

Nejashi Ethio-Turkish International Schools dahil ülkedeki toplam 6 FETÖ okulunun Almanya kökenli eğitim yatırımcılarına geçtiği belirlendi. Böylece bu okulların Almanya çatısı altında faaliyetlerini sürdürmesinin önü açıldı.

Elebaşı istedi kuklası tutukladı

ANGELA MERKEL

HAİNLER KİRİPTOLU TELEFONUN ŞİFRESİNİ 45 SANİYEDE KIRIYORDU • 16

„Kanzlerin von Pennsylvania" 18. März 2017

► Als in Äthiopien sechs Privatschulen der Gülen-Bewegung schließen müssen und diese von deutschen Investoren übernommen werden, macht *Akşam* Merkel sogar zur „Kanzlerin von Pennsylvania". Einziger Zusammenhang: In diesem US-amerikanischen Bundesstaat lebt Fethullah Gülen im selbstgewählten Exil.

Als im April die Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen eine kleine Anfrage stellt, die zu Ermittlungsverfahren gegen 20 mutmaßliche türkische Spione führt, heißt es für den *Akşam*: „McCarty [sic] spukt in Deutschland wieder" und es wird von einer „Hexenjagd in Berlin" geschrieben.

Der „Spionagekrieg" zwischen Ankara und Berlin füllt eine lange Zeit die Titelseiten. Da soll der türkische Geheimdienst dem deutschen eine „Liste mit FETÖ-Mitgliedern" übergeben und die deutschen Geheimdienstler vor einigen der Namen gewarnt haben, woraus dann das wird: „Deutschland übertreibt es mit seiner blinden Liebe zur FETÖ". In der gleichen Ausgabe wird übrigens berichtet, dass Mesut Özil darüber klagt, aufgrund seiner türkischen Abstammung bei der WM-Qualifikation benachteiligt worden zu sein.

Das Referendum

Dass Erdoğan das Referendum über die Einführung des Präsidialsystems in der Türkei um Haaresbreite gewann, führte bei den regimetreuen Medien aber nicht zu einem Abklingen der Streitlust mit Deutschland. Zwei Tage nach dem Volksentscheid schafft es Merkel mit der Überschrift „Verdauungsschwierigkeiten" wieder auf die erste Seite des *Akşam*. Berichtet wird, dass „Der Westen" monatelang daran gearbeitet habe, dass beim türkischen Verfassungsreferendum ein „Nein" herauskommt, und er jetzt eine „Wahrnehmungsoperation" durchführe, um die Legitimität des Ergebnisses zu untergraben. Das Foto von Merkel, das dazu veröffentlicht wird, spricht allerdings eher für eine „Wahrnehmungsoperation" anderer Art.

Es geht weiter mit der Nachricht über „PKK-Beobachter" am nächsten Tag. Der Linken-Abgeordnete Andrej Hunko, der als Wahlbeobachter beim Referendum vor Ort war, habe sich mit einer PKK-Flagge ablichten lassen. Das Foto dient als Beweis dazu, dass alle europäischen Beobachter nur das Referendum in ein schlechtes Licht rücken wollten und „PKK-Anhänger, Faschisten und bestechlich" seien.

Auf der gleichen Seite erfahren wir, dass die deutsche Presse „Geschütze gegen die mit Ja stimmenden Auslandstürken" auffahre, und zwar mit so unverschämten Behauptungen wie „Sie stimmten für einen Despoten."

Der Showdown

Nach dem Referendum hätte man eine Milderung des Klimas erwarten können, doch das Gegenteil traf ein: Die Spannungen stie-

HAZIMSIZLAR!

Türkiye'deki referandumdan 'evet' çıkmasıyla, aylardır 'hayır' için çalışan Batı, meşruiyet tartışması üzerinden algı operasyonu yürütmeye başladı.

ALMANYA BAŞBAKANI MERKEL: Sonuç Türk toplumunun ne kadar bölünmüş olduğunu gösteriyor. Türk hükümetinin tüm gruplarla saygılı diyalog arayışında olmasını

BELÇİKA DIŞİŞLERİ BAKANI REYNDERS: AB, Cumhurbaşkanı Erdoğan'ın yeni yetkilerini nasıl kullanacağını endişeyle takip edecek.

FETÖ'NÜN HAMİSİ MICHAEL RUBIN: Hayır kazanmış sayılır, Erdoğan kaybedendir. Bölünecek ve kan gölüne dönecek bir ülkeyi yönetecek.

ANGELA MERKEL

AVRUPA BASININDAN HEZEYANLAR • 10

„Verdauungsschwierigkeiten" 18. April 2017

AVRUPA'DAN TÜRKİYE İÇİN SKANDAL DENETİM KARARI

YETER! AÇIN KAPILARI

Avrupa, üyelik sürecinde Türkiye'yi 13 yıl aradan sonra yeniden denetime aldı. Gözler Geri Kabul Anlaşması'nın iptaline çevrildi.

NE YÜKSEK KATILIM, NE FRANSA!

AKPM raporuda, Fransa örneği ortada olmasına rağmen, Türkiye'deki OHAL sürecinin demokratik kurumların işleyişini bozduğu iddia edildi. '16 Nisan'da yüzde 86'lık katılımın olduğu referanduma da hiç vurgu yapılmayan rapor 45'e karşı 113 oyla kabul edildi.

BU KARAR TERÖRE HİZMET EDİYOR

'Müzakereleri durdurma' mesajı arkasındaki karara Ankara sert tepki verdi. Cumhurbaşkanlığı Sözcüsü Kalın 'Türkiye düşmanlarının siyasi operasyonu' derken, Dışişleri Avrupa değerlerine tehlike oluşturan terör örgütlerine hizmet edeceğini vurguladı.

„Es reicht! Macht die Tore auf!" 26. April 2017

Dass Erdoğan das Referendum über die Einführung des Präsidialsystems um Haaresbreite gewann, führte bei den regimetreuen Medien nicht zu einem Abklingen der Streitlust mit Deutschland.

„Wiedersehen, Hans“ 8. Juni 2017

gen erst so richtig, und jetzt sprachen beide Seiten so manches letzte Wort aus. Auf den Beschluss des Europarates, aufgrund der antidemokratischen Maßnahmen des türkischen Ausnahmezustandsregimes die Türkei wieder unter Beobachtung zu stellen, reagierte der *Akşam* mit einer Form von Erpressung, die Erdoğan häufig anwendet:

„Es reicht! Macht die Tore auf“, lautete die Schlagzeile, unter der angedroht wurde, dass die Türkei das Rücknahmeabkommen aufkündigen und alle Geflüchteten nach Europa „schicken“ würde.

Mitte Mai bekamen dann einige der Bundestagsabgeordneten, die den deutschen Luftwaffenstützpunkt Incirlik besuchen wollten, von Ankara keine Einreiseerlaubnis. Dies belastete die Beziehungen bis zu dem Punkt, an dem Merkel ankündigte, man wolle den Stützpunkt in der Türkei insgesamt aufgeben. „Dann geht doch woanders hin“, antwortete *Akşam* in einer Schlagzeile, und nachdem der damalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel noch einen letzten Besuch in der Hoffnung auf eine Verständigung absolviert hatte, quittierte *Akşam* das mit einer Schlagzeile, die offensichtlich innenpolitisch motiviert war: „Türkei setzt Gabriel vor die Tür.“

Ein Mann namens Hans

Erdoğan hat in seinen Reden manchmal darauf hingewiesen, dass er sich nicht nach einem Hans oder einem George richtet, wenn er Entscheidungen fällt. Spätestens seither werden die Deutschen kollektiv als „Hans“ bezeichnet. Ich muss an dieser Stelle loswerden, dass ich in meiner Zeit hier in Deutschland noch keinem einzigen Mann begegnet bin, der den Namen Hans trägt. Aber als ich deutsche Reisedokumente erhielt, rief die regimetreue Presse: „Aus Can wurde Hans!“

Als die Deutschen dann am 8. Juni 2017 Incirlik verließen, titelte *Akşam*: „Güle güle Hans“. Und als Bundesinnenminister Thomas de Maizière zuließ, dass am Rande des G20-Gipfels in Hamburg gegen die Türkei protestiert wurde, bekam auch er von der Zeitung seinen neuen Vornamen in Form der Schlagzeile „Schau dir den Hans an“.

Die Prinzeninsel-Kampagne

Die wirkungsvollste Kampagne im sechsmonatigen Zeitraum, den wir uns angeschaut haben, ist die gegen das Seminar auf der Prinzeninsel Büyükada, das in Deutschland durch die Inhaftierung Peter Steudtners bekannt wurde. Eine Zeitlang wurde *Akşam* quasi auf Grundlage der vom türkischen Geheimdienst bereitgestellten Informationen und Dokumente betrieben und betrieb systematische Vorverurteilung.

Am 7. Juli 2017 gibt es auf der Titelseite ein Erdoğan-Zitat als Aufmacher: „Deutschland ist zu einem Gastgeber für den Terror geworden“, wieder mit einem Foto von Merkel, und direkt darunter erfahren ▶

Angst vor dem Embargo

Eine wichtige Eigenschaft des Akşam ist es, direktes Sprachrohr Erdoğans zu sein, eine andere hingegen, dass der Inhaber in der Rüstungsindustrie deutsche Geschäftspartner hat. Das heißt, während die Zeitung diese ganze laute Kampagne gegen Deutschland fährt, tätigt ihr Verleger im Stillen Investitionen mit Deutschen, ohne dass es jemand mitbekommt.

Als dann infolge der angestiegenen Spannungen Berlin deutsche Firmen davor warnt, Investitionen in der Türkei zu tätigen, findet auch dies seinen Niederschlag in den Überschriften. Zunächst in Form der Pressemitteilung der Handelskammer Istanbul, die darauf hinweist, dass die deutsche Geschäftswelt an dem Gebaren Berlins Anstoß nehme. Dann, in einem größeren Aufmacher über Premierminister Yıldırım, richtet dieser sein Wort an die Vorstände von 19 großen deutschen Firmen, die in der Türkei aktiv sind: „Ihr seid keine deutschen, sondern türkische Firmen“. Siemens, die gerade eine milliardenschwere Ausschreibung zur Erzeugung von Windenergie gewonnen haben, bekommen einen Ehrenplatz oben auf der Seite. Deutsche Urlauber, die allen Umständen zum Trotz noch in die Türkei reisen, kriegen ein dickes Lob ausgesprochen und der ehemalige „Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann, der die Türkei eine Diktatur genannt hatte, wird aufgrund des Umstandes, dass er seinen Urlaub in Bodrum verbracht hat, als „Bild-Wendehals“ bezeichnet.

In jenen Tagen veröffentlichte der „Focus“ Aussagen des CHP-Vorsitzenden Kılıçdaroğlu, der in der Türkei „keine Garantien für Leben und Eigentum“ mehr sehen könne. Kılıçdaroğlu dementierte diese Aussagen, worauf der „Focus“ mehrere Tage lang nicht reagierte. Akşam fand die sinnige Überschrift „Hokus, Focus“ für einen Artikel darüber, wie das deutsche Magazin den türkischen Politiker Kılıçdaroğlu in Schutz nehme und schoss gegen den Korrespondenten Frank Nordhausen, der das Interview geführt hatte und nun „Frankenstein“ heißen musste. Leider veröffentlichte der „Focus“ am nächsten Tag ein Transkript des Interviews und eine Mail, in der die CHP es autorisiert. Auch das ist Akşam einen Aufmacher wert, ganz so, als wäre es gar nicht die Zeitung selbst gewesen, die das Magazin in Grund und Boden kritisiert hatte. ■

8. August 2017

HARİTA ÜZERİNDE YAKALANDILAR

Büyükada'daki sır toplantıya katılanların, önlerinde açılmış büyük bir Türkiye haritası üzerinde kaos planı yaptıkları sırada yakalandıkları belirlendi.

BÜYÜKADA'DAKİ BASKINLA İLGİLİ ŞOK DETAY

UZMAN PROVOKATÖRLER

OPERASYON AMERİKA'YI ENDİŞELENDİRDİ

SAYFA 15'TE

Profesyonel karıştırıcı

„Vor der Landkarte festgenommen" 8. Juli 2017

AKŞAM, BÜYÜKADA TARTIŞMASINI BİTİRİYOR

BU DELİLLER AFFEDİLMEZ

Büyükada'da Uluslararası Af Örgütü'nün organize ettiği toplantıda konuşulan hain planların tüm detaylarına AKŞAM ulaştı. Ele geçirilen belgeler, oynanan oyunu net şekilde gözler önüne seriyor.

İŞTE MASADAKİ O İHANET HARİTASI

Çantada MİT raporuyla dokuşuyor

PKK'nın mesajı 'cep'inde

„Diese Beweise machen eine Begnadigung unmöglich" 20. Juli 2017

► wir, dass „auf Büyükada elf Personen festgenommen wurden, die einen finsteren Plan zu einer Provokation umsetzen wollten".

Die eigentliche Nachricht über den Einsatz erschien erst am nächsten Tag: „Vor der Landkarte festgenommen", hieß es, denn „die an der geheimnisvollen Zusammenkunft auf Büyükada Beteiligten wurden geschnappt, als sie gerade vor sich eine riesige Türkeikarte ausgebreitet hatten, auf der sie planten, das Land ins Chaos zu stürzen." Dem Bericht zufolge sei es der deutsche Staatsbürger Peter Steudtner gewesen, der den Aufstand organisiert habe. Deshalb nannte die Zeitung ihn in einer Titelzeile „Der professionelle Aufrührer".

AKIL HOCALARI AJAN DÜNDAR

Casuslık davası sanığıyken soluğu Almanya'da alan Can Dündar, Büyükada'da olduğu gibi Türkiye'de ajanlık faaliyeti yürüten sözde insan hakları kuruluşlarının en sadık partneri!

DERNEKLERİN GÖZDESİ

MALZEMELER CAN'DAN

ALMANLAR KUDURDU

„Ihr geistiger Ziehvater ist A-jan Dündar" 21. Juli 2017

Am gleichen Tag sprach Erdoğan davon, das Seminar auf der Insel Büyükada sei als „Fortsetzung des 15. Juli [Putschversuch]" zu sehen.

Der *Akşam* nutzte dann das Foto von „der ausgebreiteten Landkarte des Hochverrats" im Zusammenhang mit der Titelzeile „Diese Beweise machen eine Begnadigung unmöglich". Wobei das türkische Wort für Begnadigung oder Amnestie natürlich eine Anspielung auf Amnesty International sein sollte. Die Karte, mit deren Hilfe

Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière zuließ, dass am Rande des G20-Gipfels in Hamburg gegen die Türkei protestiert wurde, bekam er von der Zeitung seinen neuen Vornamen in Form der Schlagzeile „Schau dir den Hans an".

man angeblich den Plan konstruieren wollte, die Türkei zu spalten, entpuppte sich übrigens innerhalb kürzester Zeit als eine Karte der Regionalsprachen – eine Information, die ihren Weg nicht auf die Seiten des *Akşam* fand.

Und am 21. Juli fand ich mich selbst in den schreienden Lettern des *Akşam* wieder. „Ihr geistiger Ziehvater ist A-jan Dündar". Ein Wortspiel mit meinem Namen, wobei ajan Agent heißt und mit Jan statt Can meinem Namen ein ausländischer, untürkischer Beigeschmack gegeben werden sollte. Man wollte mich mit dem Seminar auf der Prinzeninsel in Verbindung bringen. Belege?

Ich hatte ein Interview mit Salil Shetty, dem Generalsekretär von Amnesty International, gemacht und auf einem gemeinsamen Foto bestanden. Das war's.

Die Zeitung bezeichnet Amnesty und die Reporter ohne Grenzen als „tiefe Strukturen" [geheimdienstliche Netzwerke] und kürt Deutschland zum „Knotenpunkt des Ganzen", und als der damalige Außenminister Gabriel einen Reisehinweis für deutsche Staatsbürger veröffentlicht, die in die Türkei fahren wollen, schreibt *Akşam*: „Die Deutschen sind durchgedreht".

Die Aussagen von Peter Steudtner gibt der *Akşam* mit der Schlagzeile „Deutscher Chip für die Spione" wieder. Im Artikel selbst wird ausgeführt, was mit „Schock-Fakt bei Vernehmung" gemeint war. Und zwar, dass das deutsche Konsulat mittels einer auf seinem Telefon installierten App Steudtners Standort nachverfolgen konnte.

Die Freilassung der auf diese Weise vorverurteilten acht Menschenrechtsverteidiger – einschließlich Steudtner im Oktober – brach der *Akşam* dann auf einen Einzeiler runter „Überraschende Haftentlassung".

Hitler und die Nazis

Als in Deutschland die Wahlen ins Haus stehen und die Türkeipolitik zu einem Top-Wahlkampfthema avanciert, erhöht auch die türkische Presse und besonders der Akşam seine tägliche Dosis Berlin-Kritik. Es kommt sogar zu beeindruckenden Doppelpässen zwischen Erdoğan und der Zeitung.

Am 18. August 2017 reagiert sie auf Merkels Aussage, das Nein-Lager habe berechtigte Erwartungen an die Bundesrepublik, mit der Schlagzeile: „Deutsche Staatspolitik: Türkeifeindlichkeit". Natürlich haben sie wieder eigens ein besonderes Foto ausgewählt.

Am nächsten Tag kommt Erdoğans Aufruf: „Keine Stimme den Türkeifeinden". Unter der Überschrift „Mögen Türken ihnen an der Urne einen Denkzettel verpassen" gab es zunächst die Zeile „Die Deutschen sind verrückt geworden" zu lesen. Am gleichen Tag gibt Erdoğan von sich, die Deutschen könnten vor lauter Wut nicht mehr stillsitzen, und diese Stilblüte wird am nächsten Tag zur Schlagzeile. Es ging um eine Äußerung, in der Erdoğan den seinerzeit amtierenden Außenminister Gabriel angegangen war: „Wer bist du überhaupt, dass du mit dem Präsidenten der Türkei sprichst? Kenne deine Grenzen. Was ist deine politische Vergangenheit? Wie alt bist du überhaupt?".

Diese Wut auf Gabriel führte Akşam am nächsten Tag mit der Schlagzeile „Grenzenlose Unverschämtheit" fort und arbeitete sich an der Initiative des Außenministers ab, den in Spanien festgenommenen Schriftsteller Doğan Akhanlı nicht an die Türkei auszuliefern.

Je näher die Wahlen rücken, desto heftiger wird die Kritik, und in den letzten Wochen macht Akşam regelmäßig mit einem Angriff auf Deutschland auf.

Am 22. August 2017 inspirierte ein Statement von Günther Meinel, Präsident der „Diplomaten DMW International", einen Journalisten des Akşam zu der Überschrift „Deniz Yücel ist kein Journalist, und am 30. August wurde Merkel als „Kanzlerin mit Obsession für Deniz" betitelt.

Als sie dann Ankaras Forderung, das Vermögen von Gülen-Anhängern in Deutschland einzufrieren, nicht entsprach, bekam sie sogar den Titel „Neo-FETÖ Merkel" verliehen. Und über ihr Duell mit Martin Schulz wurde unter der Überschrift „Gemeinsamer Nenner: Türkeifeindschaft" berichtet.

Und schließlich, als die deutschen Vorbehalte gegen Erdoğans Machtausbau Widerhall in der EU fanden, brachte Akşam unter der Headline „Hitlerüberreste" ein Foto von Merkel, verziert mit Hitlerbärtchen und Hakenkreuz.

HİTLER'İN KALINTILARI

Almanya'da siyasetin en güçlü iki isminin tek ortak noktası olan Türkiye düşmanlığına AB de katıldı ve 'Üyelik şu anda imkansız' dedi. Ankara' ise 'Hitler kalıntısı zihniyet'e tepkili.

AB DE ALMANYA'YA TESLİM OLDU

KAZANACAK ZİHNİYET ARTIK BELLİ

ANGELA MERKEL

İKİNCİ DÜNYA SAVAŞI DEĞERLERİNE DÖNÜYOLAR

MEVLÜT ÇAVUŞOĞLU

AVRUPA BİRLİĞİ BAKANI ÖMER ÇELİK

BU BİR AB KRİZİ

„Hitler-Überreste" 5. September 2017

Das Wahlergebnis kommentierte Akşam mit der Beobachtung „Der Nazismus geht wieder um", und die Schwierigkeiten bei der Koalitionsbildung „feierte" die Zeitung mit einer Fotomontage, auf der Merkel kopfüber hinabstürzt.

Der Akşam ist nur eine von Dutzenden regierungstreuer „Medienoutlets". Wenn man sich vorstellt, was für eine geballte Hasskampagne hinter der Gesamtheit dieser Institutionen steht, versteht man vielleicht besser, was für eine Propagandamaschine da in Gang gesetzt worden ist.

Das Überlegenheitsgefühl des Westens

Der deutsch-syrische Journalist Aktham Suliman kündigte im Jahr 2012 nach zehn Jahren aus Protest gegen zunehmend tendenziöse Berichterstattung seinen Job als Berliner Büroleiter des arabischen Nachrichtensenders *Al Jazeera*. Suliman studierte Publizistik, Politologie und Islamwissenschaft und lebt als freier Autor in Berlin. 2017 ist sein Buch „Krieg und Chaos in Nahost – eine arabische Sicht" erschienen, das einen anderen Blick auf die Konflikte im Nahen Osten wirft. Mit dem journalistenblatt hat er über den deutschen Journalismus und punktuelle und parteiische Berichterstattung aus dem Nahen Osten und Syrien und den „Experten-Journalismus" gesprochen.

? Aktham Suliman. Sie sind Syrer, haben lange für den bekanntesten arabischen Nachrichtensender aus Katar gearbeitet und werden als „Nahostexperte" bezeichnet. Wie beurteilen Sie die Berichterstattung in den deutschen Qualitätsmedien über den Krieg in Syrien?

! Wenn ich es freundlich formuliere, nicht ausreichend, über Strecken einseitig und immer missverständlich. Die Medien berichteten und berichten weiterhin punktuell und wecken Emotionen und Eindrücke, aber fundierte Geschichten bekommen die Leser beziehungsweise Zuschauer oder Zuhörer nicht geboten. Es handelt sich allerdings nicht um eine deutsche Spezialität, sondern um eine allgemeine Medienkrise.

? Haben Sie für Ihre Einschätzung ein Beispiel?

! Ein gutes Beispiel ist der Fall der Stadt und der Provinz Idlib in Nordwestsyrien, die vermeintliche „letzte Rebellen-Hochburg" des Landes. Im vergangenen Sommer meldete die Presse, in Idlib gäbe es 40 000 gemäßigte Kämpfer und 10 000 al-Kaida-Kämpfer. Anfang des Jahres schrieben die deutschen Medien – die arabischen und internationalen Medien gleichermaßen –, die al-Nusra-Front, der Ableger von al-Kaida in Syrien, hätte die Kontrolle über diese Provinz „übernommen". Es fragte sich von den Journalisten aber offensichtlich niemand, wie es sein kann, dass 10 000 al-Kaida-Kämpfer 40 000 gemäßigte Kämpfer besiegt haben können? Für mich ist offensichtlich: Irgendetwas an der Geschichte hat nicht gestimmt. Da die Medien aber punktuell berichten, müssen sie nichts mehr rechtfertigen – Meldung raus, fertig. Wer fragt da hinterher nach einer Diskrepanz von 30 000 Kämpfern? Für mich ist das eine punktuelle Berichterstattung.

> Es gibt nur noch unsere jeweilige Wahrheit. Man glaubt nicht, was man sieht, sondern man sieht, was man glaubt bzw. glauben will.

? Es wird nur punktuell berichtet?

! Ja, mit dem Ergebnis, dass die Rezipienten hinterher genauso schlau sind wie vorher. Es wird aber vor allem ohne ausreichendes Hintergrundwissen berichtet. Keine Ahnung zu haben, ist inzwischen kein Schimpfwort mehr, es ist fast schon eine Voraussetzung – Hauptsache es wird emotional berichtet.

? Sie meinen, Journalisten haben wenig Ahnung, wovon sie berichten?

! Sie kennen sich natürlich im System aus, in dem sie arbeiten – journalistisch, politisch, ideologisch, aber immer mit dem Blick nach innen. Ich frage mich oft bei Berichten über den Nahen Osten: Sind es bösartige Fehler oder ist es einfach nur Ignoranz und Unkenntnis? Journalisten in Deutschland und dem Westen fühlen sich zugehörig zu einem System namens Demokratie, zu dem Bürgerrechte, Menschenrechte und Pressefreiheit gehören. Das ist schön und gut. Journalisten sollten sich aber klarmachen – Politiker natürlich auch –, dass auch die westlichen Demokratien in ihrem System gefangen sind. Man muss verstehen, dass nicht überall auf der Welt die Schlachten ausgetragen werden, die man hier für wichtig hält. Es spielen bei den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten viele andere Faktoren eine Rolle, die von außen sehr schwer einzuschätzen und zu überblicken sind. Dort verläuft die Linie oft zwischen Traditionalisten und Modernisten – beide sind übrigens keine waschechten Demokraten. Das kann oder will man im Westen nicht verstehen. Doch so zu tun, als wäre man gut informiert, obwohl man wenig Ahnung hat, ist für die Berichterstattung fatal.

? Sie sprechen von einem Überlegenheitsgefühl des Westens?

! Ein latentes! Es war in der Menschheitsgeschichte niemals zufällig, wer wem angeblich „etwas Gutes" tut. Es herrscht im Westen ein latentes Überlegenheitsgefühl, eine Arroganz, dass die eigene Ideologie, die eigene Lebensweise die richtige ist und für alle Menschen gelten soll. Es gibt tatsächlich Politiker und Journalisten, die glauben, dass irgendwelche Terroristen westliche Länder angreifen wegen ihres Gesellschaftsmodells. Ich kenne keinen Terroristen, der eine Doktorarbeit zu Gesellschaftsmodellen geschrieben hätte und sich dann auf den Weg zu einem Attentat gemacht hat. Das ist ein egozentrischer Blick des Westens und dahinter verbirgt sich die Botschaft: Wir können anderen helfen, wir können ihnen etwas beibringen, wir sind die Herrscher der Welt. Es ist das Gefühl, das „Richtige" zu tun – auch wenn Soldaten in die Welt geschickt ▶

Aktham Suliman, deutsch-syrischer Nahostexperte und Journalist

Foto: Bernd Lammel

Foto: Bernd Lammel

werden, denn sie bekämpfen ja den Terror. Die Aufgabe von Journalisten ist aber, ALLES kritisch zu hinterfragen, auch wenn es sich um das vermeintlich „Gute" handelt – vor allem dann.

? Wenn Journalisten, wie Sie sagen, wenig Ahnung haben und Zusammenhänge nicht erkennen – wie soll der Medienkonsument Ereignisse verstehen? Etwa ob es sich in Syrien tatsächlich um einen Bürgerkrieg oder vielleicht um einen Stellvertreterkrieg handelt?

! Nicht nur beim Syrien-Thema haben Journalisten die Aufgabe, Sachverhalte und Ereignisse zusammenzufassen, aufzubereiten und zu verbreiten – möglichst objektiv, neutral und nach einem Faktencheck. Journalisten sind aber keine Experten. Wir als Rezipienten verwechseln das ebenso oft wie die Journalisten selbst. Viele von ihnen unterliegen nach der Vorbereitung einer Sendung oder eines Beitrags dem Irrtum, sie seien Experten auf dem Gebiet geworden. Die Konsumenten ihrerseits wissen nicht, dass sich Journalisten oft nur ein paar Stunden oder Tage mit einem Thema befassen, während ein Wissenschaftler jahrelang an einem Thema forscht, um als Experte auf einem bestimmten Gebiet zu gelten. Diese falsche Annahme der Medienkonsumenten bezüglich der „Experten-Journalisten", gepaart mit einem sehr selbstbewussten Auftreten letzterer, erweckt den Eindruck, die Journalisten wüssten genau Bescheid. Oder haben Sie schon mal erlebt, dass ein Journalist, der live auf Sendung ist, von sich sagt: Sorry, ich habe keine Ahnung? Ich habe einmal eine Al-Jazzera-Moderatorin korrigiert, als sie mich live interviewte und dabei falsche Zahlen anführte. Ich wollte sie lediglich darauf aufmerksam machen, dass es aktuellere Zahlen gibt. Nach der Sendung rief mich die Redaktion an und bat darum, dass ich beim nächsten Mal, wenn ich live interviewt werde, nicht mehr korrigieren solle. Es würde das Bild einer schlechten Vorbereitung vermitteln.

> Haben Sie schon mal erlebt, dass ein Journalist, der live auf Sendung ist, von sich sagt: Sorry, ich habe keine Ahnung?

? Kommen wir zu den Rezipienten. Beschäftigen sich diese tatsächlich mit der Lage in Syrien, in Venezuela oder in der Ukraine oder sind sie froh, dass sie die Häppchen der Journalisten als Leichtkost aufbereitet bekommen?

! Ich glaube nicht, dass eine breite Mehrheit der Bürger oder gar der Politiker in Deutschland morgens aufsteht und sich fragt: Was ist in der Ostukraine los? Was ist im Nahen Osten passiert? Was wäre das Richtige im Fall Venezuela? Die Wenigsten wollen und können es genau wissen, aber sie möchten trotzdem das Gefühl haben, informiert zu sein, Bescheid zu wissen. Schließlich ist es bequem zu sagen: Gott sei Dank gibt es bei uns solche Kriege und Krisen nicht. Gott sei Dank können wir ruhig schlafen. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob man im Westen tatsächlich ruhig schlafen sollte, denn bei einer schlechten und oberflächlichen Berichterstattung, also wenn ein eigentlich nichtinformierter Journalist so tut, als ob er einen nichtinformierten Konsumenten informiert, sind am Ende alle nach wie vor uninformiert, aber mit dem guten Gefühl, sehr wohl informiert zu sein – gerade für Politiker und Entscheidungsträger eine ungünstige Ausgangssituation.

? Heute ziehen sich die Menschen bei Facebook und vielen anderen Plattformen Infos und News. In seiner Blase lebend pickt sich jeder dabei die Informationen heraus, die er versteht bzw. die seinem Weltbild entsprechen, und macht daraus seine eigenen.

! Das ist richtig. Es ist postmodern. Es gibt nicht mehr die eine Wahrheit. Es gibt nur noch unsere jeweilige Wahrheit. Man glaubt nicht, was man sieht, sondern man sieht, was man glaubt bzw. glauben will.

Ich erzähle dazu eine Episode aus meiner Zeit bei Al-Jazeera: 2003 wurden die zwei Söhne Saddam Husseins und ein Enkelkind von den Amerikanern während einer Schlacht erschossen. Ich hatte damals eine irakische Sekretärin, und als ich am Tag nach diesem Ereignis ins Büro kam, sagte sie zu mir: „Haben Sie das gestern gesehen, die Schlacht mit den Söhnen von Saddam?" Ich sagte: „Ja, habe ich." Ich wollte es nicht kommentieren, weil ich nicht wusste, wo sie steht. Ist sie traurig oder glücklich darüber? „Eine ganz große Schlacht", sagte sie weiter. Ich: „Ja, ja." Sie: „Die Amerikaner haben seine Söhne und das Enkelkind umgebracht." Ich:

„Ja, habe ich mitbekommen." Ich wollte ihr keine Informationen zu meinem Standpunkt verraten. Dann sagte sie schließlich: „Siehst Du, die ganze Familie besteht aus Mördern, sogar die Kinder kämpfen." Da wusste ich, sie ist gegen Saddam Hussein. Sie hätte aber das gleiche Ereignis folgendermaßen positiv kommentieren können: „Die ganze Familie besteht aus Helden."

? Exakte Informationen zu bekommen, ist oft nicht so einfach …

! Genau. Es kommt auch darauf an, wie man Informationen interpretiert. In der Berichterstattung vieler Medien des Westens wurde es begrüßt, dass die Söhne Saddam Husseins getötet wurden. Doch bei aller Kritik an Saddam und seinen Söhnen, einen rechtsstaatlichen Prozess bekamen sie nicht, und sie wurden von einer Besatzungsmacht getötet.

? Das Global Media Journal hat Ihr Buch „Krieg und Chaos im Nahen Osten: Eine arabische Sicht" besprochen und bezeichnet Sie als Chronisten. Stimmen Sie zu?

! Ich habe vorhin kritisiert, dass Journalisten oft versuchen, allwissend zu wirken, und ich muss Selbstkritik üben, wenn durch das Buch das Gefühl entstehen sollte, hier beansprucht einer die Wahrheit. Zu meiner Verteidigung kann ich vorbringen, dass ich Publizist, Politologe und Islamwissenschaftler bin und erst dann Journalist. Ich bin aber auch Araber und Syrer. Ein syrischer Autor sagte einmal: Es gibt kein vollkommenes Verbrechen, außer in unserer Region geboren zu werden. Das gab mir zu denken, und ich wollte darüber schreiben. Ich war schließlich nicht nur als Journalist an vielen Schauplätzen – vom Irakkrieg und der Revolution in Ägypten, sondern ich bin auch Analytiker, der versucht, aus all dem etwas abzuleiten. Dieser Mix aus Journalisten-, Experten- und Betroffenen-Sicht mündete in einer Art Chronik. Es war die Absicht, etwas Reichhaltiges und Vielfältiges zu schreiben, ohne eine plakativ klare Linie.

? Warum das?

! Ich hasse Bücher, die sich mit einem Satz zusammenfassen lassen, das Thema vom Autor aber dann auf über 300 Seiten ausgebreitet wird. Außerdem bin ich Araber und komme zwar irgendwann zum Punkt, nicht aber ohne auf dem Weg dorthin unzählige Anekdoten loszuwerden – „Tausendundeine Nacht" lässt grüßen.

? In einem Interview mit Telepolis zu Ihrem Buch sagten Sie: „Die Menschen im Nahen Osten wissen, dass die Geschichte von der ‚zivilisierten Welt' gegen den bösen IS nur eine heuchlerische Schwarz-Weiß-Malerei ist." Das ist eine radikale Aussage. Worauf beziehen Sie das?

! Keiner konnte mir je die Bezeichnung „zivilisierte Welt" definieren. Ich kenne nur Menschen, die ihre jeweilige Welt und sich selbst als zivilisiert bezeichnen. Oder haben Sie schon mal einen Barbaren getroffen, der sich als Barbar bezeichnet hat? Absurderweise tauchen der IS und ähnliche „barbarische" Organisationen genau dort auf, wo die „Zivilisierten" ihre Finger im Spiel haben, wo der Westen seine Kriege führt.

Absurderweise tauchen der IS und ähnliche „barbarische" Organisationen genau dort auf, wo die „Zivilisierten" ihre Finger im Spiel haben, wo der Westen seine Kriege führt.

Wo entstanden die erste al-Kaida-Organisation, die ersten Formen des islamistischen Dschihad und das, was heute in den Medien als islamistischer Terrorismus bezeichnet wird? Das war in Afghanistan beim vom Westen unterstützten Kampf gegen die Sowjets. Wann gab es den direkten Vorläufer des IS? Das war im Irak nach dem US-Einmarsch 2003. Al-Kaida ist damals, wenn man das bildhaft beschreiben will, mit den amerikanischen Panzern in den Irak einmarschiert.

Natürlich gab es keine explizite Waffenlieferung oder Überweisungsträger mit „al-Kaida e.V." als Empfänger und „Destabilisierung des Landes" als Verwendungszweck. Die Waffen und das Geld wurden, aus den mit dem Westen befreundeten Golfstaaten kommend, in Kisten und Koffern an der türkisch-syrischen Grenze übergeben – wenn wir beim Beispiel Syrien bleiben wollen. Es ist doch naiv zu glauben, man hätte „gemäßigte Rebellen" im Kampf um Demokratie unterstützt. Die gleichen „gemäßigten Rebellen" können sich nach der Waffen- bzw. Geldübergabe einen schwarzen Anzug anziehen und eine schwarze Flagge hissen. Wer will das kontrollieren? Etwa die „kritischen" westlichen Journalisten?

? Wenn Journalisten keine fundierten Informationen mehr liefern können – wohin führt das?

! Die Schieflage ist da und die Orientierung fehlt. Ignoranz gibt es bei Journalisten, bei Politikern, überall. Wer Journalisten oder den im Moment praktizierten Journalismus kritisiert, wird als Anhänger von Fake News oder als von außen gesteuert bezeichnet. Das ist eine sehr ernste Situation. Journalisten sollten sich darüber klarwerden, dass sie Dienstleister sind, die Nachrichten liefern. Jeder Klempner oder Automechaniker darf kritisiert werden, wenn er nicht ordentlich arbeitet. Journalisten nicht. Die nehmen Kritik und Kritiker nicht ernst nach dem Motto: Wir machen keine Fehler. Ich glaube, dass die Branche nicht mal nach dem Skandal beim Spiegel mit den erfundenen Reportagen wirklich nachhaltig selbstkritisch über sich nachdenkt. Aber wer weiß, vielleicht werden wir ja noch positiv überrascht.

Das Interview führte Bettina Schellong-Lammel

Aktham Suliman *ist 1970 in Damaskus geboren, hat sich als deutsch-syrischer Nahostexperte und Journalist einen Namen gemacht. Er zog im Jahr 1989 nach Deutschland und studierte Publizistik, Politologie und Islamwissenschaft an der FU-Berlin. Von 1998 bis 2002 arbeitete er als freier Mitarbeiter für das arabische Programm der Deutschen Welle. 2002 bis 2012 war er Deutschland-Korrespondent des arabischen Fernsehsenders Al Jazeera und als solcher zu vielen Talkshows eingeladen und prägendes Gesicht des Senders in Deutschland.*

Aktam Suliman
Krieg und Chaos in Nahost
ISBN: 978-3-939816-40
Preis: 14,90 Euro
www.nomen-verlag.de

Die Sikhs leben in Pakistan ein kleines Stück Religionsfreiheit

Klein aber fein: die jüngste Pressereise

Von Shams Ul-Haq

In den letzten zehn Jahren, in denen ich Pakistan, den Iran und viele andere Länder als Reiseleiter bereist habe, war jede Exkursion für sich etwas Besonderes. Jedoch sticht meine jüngste Pressereise nach Lahore hervor, weil es ein besonders außergewöhnliches Erlebnis war.

Normalerweise nehmen an diesen Reisen sechs bis acht Journalisten teil, was für den Reiseleiter regelmäßig „einen Sack Flöhe hüten" bedeutet. Es ist jedes Mal eine neue Herausforderung, welche mir sehr viel Freude bereitet und welche ich, nach Aussagen der teilnehmenden Kollegen, zumeist respektabel meistere. Doch auch hier gelingt manchmal eine Kleinigkeit nicht so wie gewünscht.

Die aktuelle Reise in die Kulturhauptstadt Pakistans war von der Teilnehmerzahl her die kleinste, welche bisher stattfand. Wir waren insgesamt nur vier Kollegen, unterwegs in Lahore und in der Umgebung. Aufgrund der Minigruppe war der Stress für mich nicht so hoch, wie zum Beispiel bei der letzten von DPV und bdfj organisierten Pressereise in den Iran.

Seit Jahren habe ich nun davon geträumt, in meinem Herkunftsland Pakistan eine Journalistenschule zu eröffnen. In Kooperation mit dem Journalistenzentrum Deutschland arbeiteten wir lange an dem Thema, führten zahllose Gespräche mit Politikern und Journalisten. Es gab immer wieder Schwierigkeiten. Jetzt nach zehn Jahren – während der kleinsten und feinsten Reise – hat es endlich geklappt, was ein absolutes Highlight für mich persönlich bedeutet. Eine grundsätzliche Schwierigkeit ist, dass in diesem Teil Südasiens die Umstände täglich neu bewertet werden und man nie sicher sein kann, ob und welche Planungen plötzlich über den Haufen geworfen werden. Dass das Journalistenzentrum Deutschland bei seinen Pressereisen eine so hohe Termintreue einhält, ist fast ein Wunder, letztendlich aber Hartnäckigkeit und bester Vernetzung geschuldet. Trotzdem müssen die mitreisenden Kollegen darauf vorbereitet sein, dass einmal ein Termin nicht klappt beziehungsweise geändert wird.

Umso erfreulicher war es nun, als Co-Organisatoren der Eröffnungszeremonie des „Institute of Journalism" beiwohnen zu dürfen. Als Ehrengast war der Vorsitzende des Journalistenzentrum Deutschland angereist, Christian-D. Zarm. Mit seinem eloquenten Vortrag trug der deutsche Botschafter Martin Kobler zu den wichtigen Themen Journalistenausbildung und Pressefreiheit bei, welchem der Gouverneur des Bundeslandes Punjab, Chaudhry Mohammad Sarwar, erfreulicherweise beipflichtete und weitere Unterstützung zusagte. Neben dem bekannten Investigativ-Journalisten Iqrar Ul Hassan waren viele namhafte Kollegen ebenso vor Ort, wie der Informationsminister und weitere Minister des bei weitem bevölkerungsreichsten Bundeslandes.

Auch Dank des engagierten Direktors Aamir Rafique von der Goethe Schule ist es nach nunmehr zehnjähriger Vorbereitung gelungen, das Büro für das Institute of Journalism zu eröffnen. Für die mitreisenden Kollegen aus Deutschland war es überraschend, wie intensiv die Podiumsdiskussionen zwischen Politikern und Journalisten geführt wurden. Es war auch für mich selbst erstaunlich, wie mutig die hiesigen Journalisten sind, wenn es darum geht, gegenüber den Politikern ihre Meinung zu äußern. Es zeigt sich hoffentlich bestätigt, dass die Pressefreiheit in diesem Land einer besseren Zukunft entgegen sieht.

DPV und bdfj möchten in Zusammenarbeit mit den lokalen Medien und der deutschen Botschaft erreichen, dass sich speziell für junge Leute mit Hilfe des Institute of Journalism die Möglichkeit eröffnet, Medienaspekte zu studieren und zu verstehen, was die Umsetzung von Pressefreiheit in einem Land wie Pakistan bedeutet. Viele der zumeist jungen Journalisten können sich das Studium normalerweise nicht leisten. Das Institute of Journalism sucht deshalb auch Dozenten aus Deutschland und

Foto oben: Eduard Pröls

Angehende Journalistinnen und Medienfachleute der Universität von Lahore

Iqrar Ul Hassan ist einer der bekanntesten Investigativ-Journalisten in der Region

In einer eloquenten Rede versprühte der deutsche Botschafter Optimismus und gratulierte zur Institutsgründung

Als erste Journalisten weltweit besuchten Shams Ul-Haq und die Teilnehmer der Pressereise den Vater von Asia Bibi

Europa, die ehrenamtlich in dieser Schule unterrichten oder sie auf andere Weise unterstützen würden. Hilfreich ist auch finanzielle Unterstützung, um ein solches Institut langfristig und erfolgreich im Sinne der Journalistenausbildung zu führen.

Für die mitreisenden Kollegen war es ein weiterer Höhepunkt der Reise, exklusiv die Familie von Asia Bibi aufzusuchen, welche unter strengster Geheimhaltung an einem unbekannten Ort untergebracht ist. Es war für die deutschen Journalisten wichtig zu sehen, unter welchen Umständen die Familie lebt. Natürlich war es auch bei diesem Termin wieder bis zuletzt ungewiss, ob das Treffen tatsächlich zustande kommt. Und: Keine anderen Journalisten lokal oder weltweit hatten bisher die Möglichkeit, die Familie zu besuchen – ein ausgesuchter Termin für die reisende Minigruppe.

Nicht nur die deutschen Journalisten freuten sich auf den Besuch der University of Lahore – die Freude war ganz auf Seiten der rein weiblichen Medienstudenten. Schließlich haben zwei der mitreisenden Europäer an der Hochschule jeweils einen eigenen Workshop im Bereich Fotografie abgehalten und Grundkompetenzen dafür vermittelt, wie man bildjournalistisch arbeitet. Das Interesse der Kommilitonen zeigte, wie groß der Bildungshunger in Hinsicht beispielsweise am professionellen Umgang mit der Kamera ist. Ich war beruhigt, dass auch dieser Termin reibungslos über die Bühne ging. Schließlich besuchten wir den Bereich der praxisbezogenen Medienabteilung der Hochschule, welche von knapp 2 000 Studenten rund um Journalismus und Medien besucht wird. Es gibt einen Campus-eigenen Radiosender und ein kleines TV-Studio, welche zwar nicht immer mit der neusten Technik ausgestattet sind, aber von einer hohen Motivation der Studenten leben. Zum Abschluss des Hochschulbesuchs erläuterte das Journalistenzentrum Deutschland den Medienstudenten, wie bereits mehrfach und erfolgreich ein Austausch von Berichterstattern zwischen Asien und Deutschland organisiert wurde.

Wie bei jeder Exkursion in diese Region stand ein Besuch der Grenzzeremonie zwischen Indien und Pakistan auf der Agenda – ein recht bizarres und gleichzeitig beruhigendes Schauspiel am Wagah Grenzübergang. Abgerundet wurde die Pressereise durch den Besuch des Sikh Tempels Gurdwara Dera Sahib. Dieser baulich wunderschöne Ort der Anbetung wurde von Maharaja Ranjit Singh geschaffen. Es handelt sich um ein elegantes Gebäude mit einer Marmorfassade und luxuriösen Kuppeln. Jährlich finden hier Veranstaltungen statt: die Geburtstagsfeierlichkeiten für Guru Nanak, das Gedenken an den Jahrestag des Todes von Ranjit Singh und Jore Mela oder auch das Jubiläum des Martyriums. Diese Ereignisse werden von tausenden Sikh-Pilgern aus Indien besucht. Dabei ist es wie in diesem Fall überraschend und erfreulich, inwieweit es den Sikhs möglich wird, in einem muslimischen Land ein kleines Stück Religionsfreiheit zu leben.

Fotos oben: Eduard Pröls

Shams Ul-Haq *ist Fachgruppenleiter für Internationale Beziehungen bei DPV und bdfj. Er arbeitet seit vielen Jahren als Print- und TV-Journalist und hat als Buchautor bereits zwei Werke herausgegeben. Wer an einer der nächsten Pressereisen teilnehmen möchte, lässt sich idealerweise unter redaktion@journalistenblatt.de in den Verteiler aufnehmen. Die Exkursionen werden auch unter www.pressereisen.org angekündigt.*

Alles schwarz Dank Upload-Filter?

Illustration: wattblicker

Von Olaf Kretzschmar

Der 15. April 2019 – ein „schwarzer Tag für die Meinungsfreiheit" wegen des zukünftig zu erwartenden Einsatzes so genannter Upload-Filter durch Betreiber von Online-Plattformen?

Da war es also passiert, die EU-Mitgliedsstaaten hatten doch tatsächlich die so genannte „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt" – so der vollständige Name der EU-Urheberrechtsrichtline – beschlossen und damit nach Meinung vieler Menschen den Untergang des Abendlandes eingeleitet. Bis eben noch hatten sich Heerscharen von Journalisten sinnloserweise den Kopf heißgeredet über die vermeintliche Bedrohung des freien Journalismus durch die kürzlich in Kraft getretene Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), bis ihnen auffiel, dass Journalisten von der Anwendung der Richtlinie ausgeschlossen sind, da wurde auch schon die nächste „Sau durch's Dorf getrieben". Wieder einmal war es das vielen so ferne Europa, von dem aus Ungemach drohte. Zur Vereinheitlichung und Modernisierung des Urheberrechts in den Staaten der Europäischen Union waren mit knapper Mehrheit die neuen Regeln für eine an das digitale Zeitalter angepasste Form des Urheberrechts förmlich beschlossen worden.

Wozu eine Europäische Urheberrechtsreform?

Neben der Vereinheitlichung des europäischen Urheberrechts im digitalen Zeitalter wollte die EU klare Regeln für eine angemessene Vergütung von Urhebern, Stärkung von Nutzerrechten und Ausweitung der Verantwortlichkeit von Betreibern großer Online-Plattformen, wie etwa YouTube, sicherstellen. Alles hehre Ziele, will man meinen. Was gibt es daran auszusetzen?

Die Reform wird nach Angaben des EU-Parlaments die Urheberrechtsbestimmungen an die heutige Welt anpassen, in der Musik-Streaming-Dienste, Video-on-Demand-Plattformen, Nachrichtenaggregatoren und User-Upload-Content-Plattformen zu den Haupttoren für den Zugriff auf kreative Werke und Presseartikel geworden sind. Die Reform soll zu greifbaren Vorteilen für die Bürger der EU, die Forscher und die Lehrenden, die Kultur- und Kreativwirtschaft, die Presse und die mit Kulturerbe befassten Einrichtungen führen. Sie soll nach dem Willen des EU-Gesetzgebers zudem hochwertigen Journalismus in der EU fördern und einen besseren Schutz für europäische Autoren und Künstler bieten. Die Nutzer werden von den neuen Regeln profitieren, so das EU-Parlament, weil sie es Nutzern ermöglichen, urheberrechtlich geschützte Inhalte legal auf Plattformen hochzuladen. Darüber hinaus werden Nutzer von verbesserten Garantien im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit profitieren, wenn sie Videos hochladen, die Inhalte von Rechteinhabern enthalten, d. h. in Memes oder Parodien.

Die Urheberrechtsrichtlinie ist Teil einer umfassenderen Initiative zur Anpassung der EU-Urheberrechtsvorschriften an das digitale Zeitalter.

Was regelt der umstrittene Artikel 17 (ehemals Artikel 13) der Richtlinie?

Artikel 17 regelt die „Nutzung geschützter Inhalte durch Diensteanbieter für das

Teilen von Online-Inhalten". Die Richtlinie legt fest, dass „Diensteanbieter für das Teilen von Online-Inhalten", wie große Online Plattformen bezeichnet werden, ein Werk dann „öffentlich wiedergeben", wenn sie der Öffentlichkeit, also einem unbegrenzten Personenkreis, Zugang zu von den Nutzern hochgeladenen urheberrechtlich geschützten Werken oder sonstigen Schutzgegenständen verschaffen. Die betroffenen Portalbetreiber müssen deshalb im Vorfeld – etwa durch Abschluss einer Lizenzvereinbarung mit dem jeweiligen Rechteinhaber – die Erlaubnis einholen.

Größere Nutzer von Online-Plattformen, wie so genannte YouTuber, die „erhebliche Einnahmen" etwa mit Werbung erzielen und gewerblich tätig sind, müssen auch selbst Lizenzen für von ihnen genutztes fremdes geschütztes Material abschließen. Die Betreiber werden zudem für das Teilen von Inhalten und die damit erfolgende öffentliche Wiedergabe verantwortlich, was einen Paradigmenwechsel im Haftungsregime darstellt. Bisher waren sie explizit von den damit eröffneten Sanktionen ausgenommen.

Diensteanbieter müssen künftig alle Anstrengungen unternommen haben, um die Erlaubnis einzuholen und „nach Maßgabe hoher branchenüblicher Standards für die berufliche Sorgfalt" sich ebenfalls mit aller Kraft bemüht haben sicherzustellen, dass bestimmte Werke nicht verfügbar sind, wenn die Rechteinhaber dazu „einschlägige und notwendige Informationen bereitgestellt haben". In jedem Fall müssen sie zudem nach Erhalt eines hinreichend begründeten Hinweises von Urhebern oder Verwertern unverzüglich die entsprechenden Werke sperren, von ihren Seiten entfernen und erneut „alle Anstrengungen" unternommen haben, ein künftiges Hochladen zu verhindern.

Von der Richtlinie nicht erfasst werden nicht-kommerzielle Dienste, wie Online-Enzyklopädien, bildungsbezogene oder wissenschaftliche Verzeichnisse, Betreiber von Cloud-Diensten für „die eigene Nutzung", Entwicklungsplattformen für freie Software und reine Online-Marktplätze wie eBay. Ausgenommen sind außerdem Kleinunternehmen und Neugründungen, die weniger als drei Jahre auf dem Markt sind und deren Jahresumsatz unter zehn Millionen Euro liegt. Wer als Nutzer im Monat mehr als fünf Millionen Besucher verzeichnet, soll aber ebenfalls alles in seiner Macht Stehende tun, um das erneute

Illustration: IO-Images

rechtswidrige Hochladen von Inhalten zu verhindern.

Kein Wort von Upload-Filtern

Bei fast allen einschlägigen Providern dürfte es, aufgrund der vorhandenen technischen Möglichkeiten, auf Upload-Filter hinauslaufen. Die dafür verwendeten Algorithmen sollen aber gewährleisten, dass sich alle Nutzer auf ihre Rechte stützen können, zu zitieren, zu kritisieren, zu rezensieren sowie „Karikaturen, Parodien oder Pastiches" erstellen zu dürfen.

Für diese Möglichkeit, etwa Memes zu verbreiten, haben die Mitgliedsstaaten Sorge zu tragen. Der Artikel soll auch nicht „zu einer Pflicht zur allgemeinen Überwachung" führen. Die in allen Medien viel zitierten „Upload-Filter" sind also nicht gesetzlich vorgeschrieben, sondern lediglich eine zu erwartende Konsequenz aus den Vorschriften der Richtlinie.

Das sagen die Kritiker

Schon im Vorfeld der Verabschiedung der Richtlinie hatte es massive Kritik von allen Seiten gehagelt. Der Einsatz von Upload-Filtern stelle eine Gefahr für die vom Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit dar. Upload-Filter trügen dazu bei, dass Plattform-Betreiber ohne genaue juristische Prüfung das Hochladen (vermeintlich urheberrechtsverletzender) Inhalte verweigern könnten, obwohl sie unter die gesetzlich garantierte Meinungsfreiheit fallen würden.

Bei Licht betrachtet ist das ein eher dick aufgetragenes Schein-Argument. Niemand verbietet den Usern großer Online-Plattformen, ihre Meinung zu äußern. Schon vor der europäischen Urheberrechtsreform stand es Online-Unternehmen frei, sich seine Kunden/Nutzer auszusuchen. Es gibt und gab keinen Kontrahierungszwang.

Veränderung als Chance

Selbst wenn Facebook und YouTube durch den verstärkten Einsatz von Upload-Filtern möglicherweise langweiliger, weil inhaltsärmer würden, könne dies die Chance für kleine kreative Macher sein, die nicht unter den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen. So werden Inhalte zukünftig möglicherweise nicht mehr so komprimiert wie derzeit auf einigen wenigen Webseiten abrufbar sein, sondern über das Netz verstreut weiter auf einzelnen Seiten verbreitet werden. Das schmälert den Nutzer-Komfort, verhindert aber massenhafte Schutzrechtsverletzungen. War da nicht noch vor kurzem der Ruf nach Entmachtung von Internet-Konzernen und marktmächtigen Unternehmen? So wie vor einiger Zeit Kunden den einst so hippen Kaffeehaus-Ketten wie Starbucks den Rücken gekehrt und dafür kleine inhabergeführte Coffee-Shops für sich entdeckt haben, könnten die großen Plattformen bald der Vergangenheit angehören. War es nicht das, was die Kritiker der Richtlinie noch vor Kurzem mit Begeisterung begrüßt hätten?

Der effektivere Schutz von Urheberrechten erfordert eine Veränderung bisheriger Regelungen. Veränderung nervt und tut manchmal weh oder ist zumindest unkomfortabel.

Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU haben die Mitgliedstaaten 24 Monate Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Olaf Kretzschmar *ist der Spezialist für Medien- und Presserecht im Journalistenzentrum Deutschland. Er steht den Mitgliedern von DPV und bdfj auch innerhalb der kostenfreien Rechtsberatung für Fragen zur Verfügung. Der Journalist und Hausjustiziar führt eine eigene Kanzlei (www.kiel-recht.de) und verfasst im „Brennpunkt Recht" regelmäßig Fachartikel.*

Die digitale Überforderung

Von Albrecht Ude

Private Daten vieler Bundestagsabgeordneter, Prominenter und Journalisten sind Anfang Januar gegen ihren Willen veröffentlicht worden. Kurz darauf wurde zudem publik, dass weltweit Milliarden von E-Mail-Adressen mit den dazugehörigen Passwörtern gehackt wurden. Wie kann das passieren?

Gesteuert aus seinem Kinderzimmer veröffentlichte ein 20-jähriger Hesse die Daten von mehr als tausend Menschen im Internet. Mit der Berichterstattung über seine Tat hat er darüber hinaus ein Wort aus dem Nerd-Slang in die Alltagssprache geführt: Doxing. Damit gemeint ist das Sammeln und Verbreiten personenbezogener Daten, etwa Mobilfunknummern oder Kontodaten, und privater Unterlagen wie Fotos, E-Mails oder Chats via Internet. Die vielleicht übelste Form davon ist der „Rache-Porno", das Publizieren von Nacktbildern nach dem Ende einer Beziehung. Das Ziel ist immer, denen zu schaden, deren Informationen so an die Öffentlichkeit kommen.

2,2 Milliarden E-Mail-Adressen – diese Datenmassen hat niemand „von Hand" zusammengetragen. Diese Daten wurden gehackt.

Neu ist das nicht, allerdings werden solche Vorfälle nur selten in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Betroffene haben allen Grund zu schweigen. Selten genug bekommen sie kompetente Hilfe.

Daten für solche Angriffe auf die Privatsphäre der Opfer können auf verschiedene Weise erlangt werden. In vielen Fällen, auch im vorliegenden, werden die Daten einfach aus öffentlich zugänglichen Quellen gesammelt. Zum Beispiel aus Facebook oder anderen sozialen Netzen. Vielen, die dort unterwegs sind, ist nicht klar, dass jede Information, die man dort hochlädt, seien es Texte oder Bilder, eben veröffentlicht sind, auch wenn man sie nur einer begrenzten Gruppe zugänglich macht. Viele Bilder, die Personen zeigen, werden zudem gar nicht von diesen selbst, sondern von deren Freunden und Bekannten publiziert.

Andere Daten können erschlichen werden. Täter bekommen durch solches „Social Engineering" Informationen über die Opfer, indem sie sich als Vertrauenspersonen oder Autoritäten (etwa als Systemadministrator oder Behördenmitarbeiter) ausgeben.

Ebenso gibt es vertrauliche Daten auch ganz einfach zu kaufen, dazu unten mehr.

Alles bisher Beschriebene kommt ohne jede Form von Hacking aus, das als Methode der Datengewinnung selbstverständlich auch genutzt werden kann, aber verhältnismäßig schwierig ist.

Kurzum: Technisch ist an dieser Attacke nichts neu, aus technischer Sicht ist sie altbekannt und sogar langweilig. Bemerkenswert ist aber, dass es beim (geständigen) Hauptverdächtigen schon 2016 eine Hausdurchsuchung gab und verschiedene Behörden jetzt in der Kritik stehen, nicht frühzeitig eingegriffen zu haben.

Was die „große" Öffentlichkeit aufhorchen ließ, war vor allem der Kreis der Betroffenen: durchweg Prominente, Politiker, vor allem Abgeordnete des Bundestages, bekannte Schauspieler und Musiker, auch Journalisten. Zu den Opfern zählt auch Angela Merkel, wenngleich nur mit wenigen durchgestochenen Daten.

Nutzerdaten, vor allem Logins und Passwörter, sind im so genannten Darknet eine übliche Handelsware.

Die Daten umfassen oft Adresse und Mobilfunknummer, die bei Prominenten schützenswert sind. Teilweise kamen private Details wie E-Mails, Briefe oder Chatprotokolle an die Öffentlichkeit. Besonders sensibel sind selbstverständlich Daten wie Kreditkartennummern oder Login-Informationen.

Vielleicht ist es ein heilsamer Schock, dass wichtige Personen des öffentlichen Lebens jetzt am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, die eigene Kreditkarte sperren zu müssen, schnell eine neue Mobilnummer zu benötigen oder private Daten aus dem Netz zu entfernen. Viele „Normalbürger" haben diese Probleme seit Jahren, ohne dabei substanzielle Hilfe staatlicher Stellen zu bekommen.

Soweit bisher bekannt, wurde der überwiegende Teil der Daten nicht gehackt, sondern schlicht gesammelt.

Daher sind alle Betroffenen auch Beteiligte. Sie müssen sich sagen lassen, dass sie elementarste Sicherheitsregeln missachtet haben. Frank Rieger (Sprecher des Chaos Computer Club, CCC) brauchte gerade mal vier Tweets, um diese zusammenzufassen. Eine quasi amtliche Anleitung gibt es vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Sicherheit ist keine Zauberei, sondern schlichtes Handwerk. Aber Sicherheit ist nicht bequem, das wird sich niemals ändern.

Solche Anleitungen finden sich zuhauf, es gibt sie seit Jahren. In allen steht mehr oder minder dasselbe. Nur werden sie zu selten umgesetzt. Sicherheit ist keine Zauberei, sondern schlichtes Handwerk. Aber Sicherheit ist nicht bequem, das wird sich niemals ändern. Allerdings träumen zu viele – um nicht zu sagen: fast alle – Nutzer des Internet immer noch von „plug and play". Was würde man einem Autofahrer sagen, der zu verstehen gibt, dass ihm all die Verkehrsregeln zu kompliziert und zu unbequem sind? Lass die Hände vom Steuer!

Aber das ist zu einfach. Es wird immer klarer, dass die vielgepriesene digitale Gesellschaft eine hässliche Schwester hat: die digitale Überforderung. Alle Opfer dieses Angriffs haben Regeln missachtet, die sie hätten kennen und befolgen müssen. Aber Häme ist keine angemessene Reaktion, und das Problem ist größer als nur individuelles Fehlverhalten. Massenhaftes individuelles Fehlverhalten, zweifellos Blödheit in der Öffentlichkeit, aber eben deswegen ein gesellschaftliches Problem.

Es kommt noch ein weiteres Problemfeld dazu: Die Massenhacks. Mitte Januar 2019 sind unter den Namen „Collection #1" bis „Collection #5" riesige Sammlungen von etwa 2,2 Milliarden E-Mail-Adressen mit den dazugehörigen Passwörtern aufgetaucht. Gefunden hat sie der australische Sicherheitsexperte Troy Hunt, der die Webseite „';--have i been pwned?" (zu Deutsch etwa: „Hat man mir eins übergebraten?") betreibt.

Wie der Name schon andeutet, ist es wahrscheinlich nicht die einzige solche Sammlung. Der Journalist Brian Krebs, spezialisiert auf IT-Sicherheit, berichtete von weiteren solchen Datenmassen, die im Netz angeboten werden. Mittlerweile sind sie öffentlich. Nutzerdaten, vor allem Logins und Passwörter, sind im so genannten Darknet eine übliche Handelsware. Je mehr Informationen über einen Nutzer vorliegen, desto attraktiver, also teurer, ist der Datensatz. Weil der Missbrauch einfacher und mutmaßlich gewinnbringender ist.

2,2 Milliarden E-Mail-Adressen – diese Datenmassen hat niemand „von Hand" zusammengetragen. Diese Daten wurden gehackt. Und zwar nicht bei den Betroffenen, deren Daten verkauft werden. Sondern bei den Anbietern, bei denen die Betroffenen gutgläubige Kunden oder Nutzer sind. Zu nennen sind Firmen wie Myspace, LinkedIn, Adobe. Eine lange Liste findet man auf der Website von Troy Hunt.

Es ist möglich, Daten so zu speichern, dass ein Hacker sie zwar stehlen, dann aber nichts mit ihnen anfangen kann.

All diesen Firmen muss man dasselbe vorwerfen wie den Opfern des jüngsten Datendiebstahls: dass sie IT-Sicherheit nicht ernst genommen haben, dass sie schlampig mit Daten umgegangen sind. Schlimmer aber als bei einzelnen Betroffenen: Diese Firmen haben mit den Daten ihrer Nutzer Schindluder getrieben und deren Vertrauen enttäuscht. Denn es ist möglich, Daten so zu speichern, dass ein Hacker sie zwar stehlen, dann aber nichts mit ihnen anfangen kann. Etwa durch verteiltes Speichern oder durch starke Verschlüsselung.

Ebenso, wie es an der Ausbildung der individuellen Nutzer fehlt, ebenso fehlt es an Vorschriften und Kontrollen von Firmen, die Kundendaten verwalten. Und vielleicht auch so etwas wie ein Gütesiegel, an dem Nutzer leicht erkennen können, ob eine Firma ihr Vertrauen verdient.

Immerhin stehen jedem Nutzer des Internet zwei Datenbanken zur Verfügung, um zu prüfen, ob man von einem der (immer zahlreicher werdenden) Massen-Hacks, also mangelhaft gesicherten Kundendaten bei großen Konzernen, betroffen ist: Have I Been Pwned (HIBP) des australischen Sicherheitsexperten Troy Hunt und der Identity Leak Checker des Hasso-Plattner-Instituts an der Uni Potsdam.

Wer das Netz nutzt, sollte dort einmal nach allen eigenen E-Mail-Adressen und Login-Namen schauen, ob er kompromittiert wurde. Falls ja, sollte man betroffene Passwörter umgehend ändern. Besser spät als nie.

Albrecht Ude *ist Journalist, Researcher und Recherche-Trainer. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte sind die Recherchemöglichkeiten im Internet. www.ude.de*

Mit Hilfe dieser beiden Websites sollten Sie prüfen, ob Sie von Datenleaks betroffen sind:

HIBP

';--have i been pwned?
Datenbank von Troy Hunt
https://haveibeenpwned.com/

ILC

Identity Leak Checker
des Hasso-Plattner-Institutes
https://sec.hpi.de/ilc/search

Umsatz und Marketing im Web

So werden eigene Webinare erfolgreich

Von Walther Bruckschen

Wer Inhalte vermitteln oder Produkte und Dienstleistungen verkaufen will, kommt mittlerweile um Webinare (= Online-Seminare) kaum herum. Mit moderner Technik ist es jedermann möglich, diesen Kanal zu nutzen.

Sicherlich ist es einfacher, einen Blogbeitrag zu schreiben als ein Webinar zu veranstalten und damit Erfolg zu haben. Doch das Ergebnis ist die Mühen wert. Wer diese Technik nicht nutzt, verpasst eine einmalige Gelegenheit, seine Inhalte zu vermitteln – und auch, den ein oder anderen Euro zu verdienen.

Wozu ein Webinar?

Die wichtigste Frage vorab: Was möchte ich mit einem Webinar bezwecken? Folgende Ziele könnte ein Webinar haben:

- Anpreisen eines Produkts oder einer Dienstleistung (z. B. eines Buches, eines kostenpflichtigen Archivs, eines Portfolios meiner Arbeit).
- Aufbau einer „Community", also einer potenziellen Kundengruppe, die ich dann gezielt anschreiben kann.
- Profilierung als Experte auf einem ganz bestimmten Gebiet (um zu erreichen, dass ich z. B. als Moderator für Diskussionsveranstaltungen angefragt werde – oder Aufträge für mein Spezialthema erhalte).
- Teasern eines speziellen Angebots (z. B. eines Fachbeitrags), um die Reichweite zusätzlich zu erhöhen.
- Ein Mix aus all diesen Zielen.

Wer die Frage nach dem Ziel beantwortet hat, kann sich aus den vielen Anbietern (manche davon in gewissem Rahmen sogar kostenlos) den heraussuchen, der am besten zu diesem Ziel passt.

Wie bereite ich das Webinar vor?

Die wichtigste Frage: Wann soll das Webinar stattfinden? Dabei kommt es darauf an, dass die angesprochene Zielgruppe zu diesem Termin auch zeitlich verfügbar ist. Wer nachts um 2 Uhr sein Webinar startet, darf sich nicht wundern, wenn er kaum User anspricht. Erfahrungsgemäß sind Dienstag und Donnerstag ab 19 Uhr ideale Zeitpunkte, um möglichst viele Zuschauer zu erreichen – aber das hängt natürlich sehr von der individuellen Zielgruppe ab. Da die Vorbereitung einige Zeit in Anspruch nimmt, ist eine Vorlaufzeit von mindestens zwei bis drei Wochen zu empfehlen. So lassen sich auch etwaige Änderungen oder ungeplante Vorkommnisse gut abfedern.

Wie komme ich an meine Zuschauer?

Es erfordert einige Anstrengung, um die Aufmerksamkeit anderer Menschen zu erhalten. Eine einzige Ankündigung: „In drei Wochen mache ich ein Webinar" genügt sicher nicht. Aktives Marketing ist erforderlich.

Folgende Schritte haben sich bewährt:

- Mehrfach seinen eigenen E-Mailverteiler (Bekannte, Abonnenten – bitte auf Double-opt-in-Erfordernisse achten, keine Empfänger ungefragt anschreiben!) kontaktieren.
- Posten und ggf. Werben in sozialen Netzwerken (Facebook, Instagram, Twitter etc.), am besten zeitversetzt in unterschiedlichen Gruppen.
- Erstellen eines eigenen Events in sozialen Netzwerken, das auf das Webinar verweist.
- Ein Youtube-Video mit Ausschnitten der Inhalte erstellen und auf das Webinar verlinken.

Wie gliedere ich mein Webinar?

Empfehlenswert ist es, eine „Outline" zu erstellen, den roten Faden des Webinars. Dazu eine Mindmap anzufertigen, ist eine gute Methode, um das Webinar Stück für Stück auszuarbeiten.

Im Gegensatz zu einem Video, das online gestellt wird, sollte ein Webinar möglichst frei gehalten und nicht abgelesen werden. Dadurch wirkt es lebendiger und authentischer.

Damit ein Webinar gelingt, muss die Story stimmen. „Storytelling" heißt das Zauberwort erfolgreicher Webinare. Dabei werden die Inhalte in Form von Metaphern und Geschichten mit stetigem Wechsel der Perspektive präsentiert. Mit Geschichten werden Menschen direkt angesprochen. Durch Zahlen, Daten und Fakten wird das Gesagte untermauert.

Das Webinar sollte vorher mehrmals geübt werden, damit sich eine gewisse Sicherheit einstellt – und man sich auf die technische Umsetzung konzentrieren kann.

Was zeige ich im Webinar?

Viele Menschen sprechen nicht gerne vor einer größeren Gruppe. Doch wer sich selbst nicht als Experte präsentiert, vergibt eine Werbemöglichkeit für die eigene Person oder die Angebote, die man zu bieten hat. Wer authentisch auftritt und auch die Hürden und eigenen Schwierigkeiten offen anspricht, schafft Vertrauen und Sympathie und erreicht die Zuschauer durch Emotionen.

Wer im Webinar nur eine Powerpoint-Präsentation zeigt, wird die Aufmerksamkeit der Zuhörer unter Umständen verlie-

Foto: Daniel Friesenecker/pixabay

Mit der richtigen Ausrüstung verwandelt sich der eigene Schreibtisch ganz leicht in ein kleines Studio, aus dem ein Webinar gesendet werden kann

ren. Ideal ist deshalb eine Mischung, ein gekonnter Wechsel aus eigenem Auftreten und Input über „Slides", vielleicht noch kombiniert mit direkter Ansprache der Zuschauer.

Die Slides selber sollten möglichst mit Bildern arbeiten und damit die gesprochenen Informationen verstärken. Text-Folien ermüden die User und sollten vermieden werden.

Worauf sollte ich besonders achten?

Um ein erfolgreiches Webinar zu gestalten, hier noch ein paar Tipps:

- Die Kamera auf Augenhöhe platzieren, um nicht auf die Zuschauer „herabzusehen".
- Auf die richtige Beleuchtung achten (z. B. dein Laptop vor einen Bildschirm mit weißem Hintergrund stellen, das diffuse Licht verbessert die Aufnahme erheblich).
- Vor dem Webinar mit der Technik vertraut machen. Ein Selbst-Test, in dem alle Funktionen ausprobiert werden, ist unbedingt erforderlich, damit im Live-Webinar nichts mehr schiefläuft.
- Nicht alle, die sich anmelden, werden auch wirklich teilnehmen (gerade bei kostenlosen Webinaren ist die „No-Show-Rate" oft bei über 50 Prozent). Davon nicht entmutigen lassen, das ist (leider) üblich.
- Ein Begrüßungsbildschirm sorgt für einen professionellen Eindruck des Webinars.
- Interaktionen mit den Teilnehmern schaffen Vertrauen und Sympathie.
- Mit einem Wechsel zwischen Präsentationsmodus und Videoübertragung erreicht man eine ähnliche Dynamik wie im Spielfilm.
- Am Ende des Webinars sollte ein sogenannter „Call to Action" stehen. Das kann die Aufforderung sein, ein Produkt zu kaufen oder sich für einen Newsletter anzumelden. Die „Energie" des Webinars muss fließen – idealerweise in die gewünschte Richtung.
- Nicht unwichtig ist auch die Nachbereitung des Webinars: Was ist gut gelaufen, was ist verbesserungsfähig?
- Ganz wichtig: Nicht erst starten, wenn das Webinar perfekt ist – sondern einfach machen und ständig verbessern!

Walther Bruckschen *(Jahrgang 1961), Diplom-Kaufmann und Unternehmensberater, besitzt langjährige Erfahrungen als Chefredakteur von Fachzeitschriften und ist als freiberuflicher Journalist, Agenturgründer und Geschäftsführer sowie PR- und Marketingberater tätig. Als Q-plus-zertifizierter Gründungsberater ist er in der Beraterbörse der KfW gelistet und hat sich auf Gründer- und Führungskräftecoaching in der Medienbranche spezialisiert. Er betreut seit Januar 2013 federführend die Existenzgründungsberatung des Journalistenzentrum Deutschland.*

Wenn der Staatsanwalt klingelt

Quellenschutz und Redaktionsgeheimnis

Von Cord Henrich Heinichen

Die Exekutive erliegt immer wieder mal der Versuchung, bei unliebsamer Berichterstattung das Recht zu ihren Gunsten auszulegen. Besonders die Veröffentlichung dienstlicher Interna ist ihr ein Dorn im Auge. Doch auch wenn dafür zum Teil ein langer Weg durch die Instanzen erforderlich ist: Das Grundgesetz schützt die publizistische Tätigkeit der Medienangehörigen.

Im April 2005 wurde im politischen Kulturmagazin *Cicero* ein Artikel des Journalisten Bruno Schirra über einen vom jordanischen Terroristen Abū Mus'ab az-Zarqāwī angeblich mit Rückendeckung des Iran geplanten Chemiewaffenanschlag veröffentlicht. Im Text zitierte Schirra aus einem als „Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch" klassifizierten Bericht des Bundeskriminalamtes (BKA) unter anderem auch Telefonnummern, die der Statthalter der al-Qaida im Irak verwendet haben sollte. Wegen der Vertraulichkeit des Berichts stand der Verdacht einer von einem BKA-Mitarbeiter begangenen strafbaren Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht (§ 353b Strafgesetzbuch) im Raum. Schirra wurde verdächtigt, durch die Veröffentlichung strafbare Beihilfe geleistet zu haben.

Im September 2005 erteilte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily die bei solchen Straftaten erforderliche Ermächtigung zur Strafverfolgung. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ordnete das Amtsgericht Potsdam daraufhin die Durchsuchung des Berliner Hauses des Journalisten und der Redaktionsräume des *Cicero* in Potsdam an sowie die Beschlagnahme eventuell gefundener Beweismittel. BKA-Beamte durchsuchten daraufhin das Haus Schirras sowie die Redaktionsräume des *Cicero* und beschlagnahmten dabei auch Recherchematerial. Das Amts- und das Landgericht Potsdam wiesen die dagegen eingelegten Rechtsmittel in erster und zweiter Instanz als unbegründet zurück.

> Als Public Watchdog sind die Medien für das Funktionieren eines demokratischen Staates und einer demokratischen Gesellschaft enorm wichtig.

Hiergegen setzte sich der damalige Chefredakteur des *Cicero*, Wolfram Weimer, mit einer Verfassungsbeschwerde zur Wehr, der das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2007 mit der Begründung stattgab, dass die gerichtlichen Zurückweisungsbeschlüsse die grundrechtlich geschützte Pressefreiheit verletzt hätten. Schon im sogenannten *Spiegel*-Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei entschieden worden, dass Durchsuchungen und Beschlagnahmen bei Medienangehörigen unzulässig seien, wenn sie – wie im *Cicero*-Fall – ausschließlich oder vorwiegend dazu dienten, den Informanten zu identifizieren. Zudem sei Schirra der ihm vorgeworfenen Beihilfe zum Geheimnisverrat nicht – wie erforderlich – „dringend" verdächtig, sondern nur „hinreichend".

In einem zehn Jahre nach der Durchsuchung beim *Cicero*-Magazin als Streitgespräch geführten Interview mit Otto Schily und Wolfram Weimer, das in der Novemberausgabe 2015 des *Cicero* erschien, erklärte Otto Schily seine Verfolgungsermächtigung gleichwohl für „richtig" und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für „falsch". Zwar sei er „ein großer Anhänger der Pressefreiheit", die Entscheidung beruhe aber bereits auf einem „Denkfehler", der „einem Verfassungsrichter eigentlich nicht unterlaufen dürfte". Es sei „hochproblematisch", wenn „das Bundesverfassungsgericht das Vertrauensverhältnis zwischen der Presse und einem Straftäter schützt". Und er sei „sehr erstaunt", wenn er höre, dass das integraler Bestandteil der Pressefreiheit sei. „Der Staat" hätte „ein Anrecht darauf, dass seine Geheimnisschutz-Vorschriften eingehalten" würden. Er könne auch nicht verstehen, was denn an der Geschichte für die Öffentlichkeit interessant sei.

Nachdem bereits der für seine Äußerung: „Die Beamten können nicht den

ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen" bekannte damalige Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU) im Zuge der sogenannten Spiegel-Affäre die Verhaftung des *Spiegel*-Redakteurs Conrad Ahlers in Spanien als „etwas außerhalb der Legalität", aber moralisch einwandfrei bezeichnet hatte, lassen die in dieser Tradition stehenden Äußerungen Otto Schilys (Grüne, SPD) befürchten, dass die dem jeweiligen Bundesinnenminister zugewiesene Rolle eines „Hüters der Verfassung" den Bock zum Gärtner macht.

Als Public Watchdog sind die Medien für das Funktionieren eines demokratischen Staates und einer demokratischen Gesellschaft besonders wichtig, wenn staatliches Handeln und behördliche Entscheidungen wegen ihres vertraulichen oder geheimen Charakters demokratischer oder richterlicher Kontrolle entzogen sind. Der alle Lebensbereiche betreffende Beitrag der Medien prägt die individuelle und öffentliche Meinungsbildung. Um diesen Beitrag leisten zu können, schützt das Grundgesetz die publizistische Tätigkeit der Medienangehörigen, das heißt der Personen und Organisationen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Druckwerken, Rundfunksendungen, Filmberichten beziehungsweise der Unterrichtung oder der Meinungsbildung dienenden Informations- und Kommunikationsdiensten berufsmäßig mitwirken oder mitgewirkt haben. Dieser Schutz reicht von der Recherche (Informationsbeschaffung) bis zur Verbreitung der Nachricht oder Meinung. Weil auf der Hand liegt, dass Medienangehörige bei der Informationsbeschaffung auf private Mitteilungen nicht verzichten können, diese Informationsquellen aber nur dann ergiebig fließen, wenn sich Informanten grundsätzlich auf die Wahrung ihrer Anonymität verlassen können, sind vor allem die Geheimhaltung der Informationsquellen (Informant und Recherchematerial, soweit es Rückschlüsse auf den Informanten zulässt) und das Vertrauensverhältnis zwischen Presse beziehungsweise Rundfunk und Informanten grundrechtlich geschützt.

Die Antwort auf die Frage, welche Informationen von öffentlichem Interesse sind, ist nicht dem Staat vorbehalten, sondern betrifft auch die Medien.

Zugleich kann vernünftigerweise nicht bezweifelt werden, dass die Sicherung des Rechtsfriedens durch das Strafrecht eine wichtige Aufgabe staatlicher Gewalt und eine wirksame Strafverfolgung zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten unerlässlich ist. Dies gilt prinzipiell auch dann, wenn es um den strafbaren Verrat von Dienst-, Privat-, Berufs- oder Geschäftsgeheimnissen geht. Dabei sind Journalisten und Journalistinnen als Informationsempfänger nicht generell von strafprozessualen Maßnahmen ausgenommen. So wenig, wie dem Rechercheinteresse der Medien grundsätzlich Vorrang vor dem staatlichen ▶

IMPRESSUM

Herausgeber
Journalistenzentrum Deutschland
Trägerverbände sind der DPV Deutscher Presse Verband – Verband für Journalisten sowie die bdfj Bundesvereinigung der Fachjournalisten. Der DPV ist die tariffreie Spitzenorganisation der hauptberuflichen Journalisten in Deutschland. Die bdfj ist die größte Interessenvertretung exklusiv für zweitberuflich tätige Journalisten in Deutschland.

Redaktion
Journalistenzentrum Deutschland
Red. journalistenblatt
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040/8 99 77 99
Fax 040/8 99 77 79
redaktion@journalistenblatt.de
www.journalistenblatt.de

Chefredaktion
Christian Laufkötter
Stellv. Chefredakteur
Guido M. Sdrenka
Ständige redaktionelle Mitarbeiter
Walther Bruckschen, Mirjam Büttner, Martina Haan, Nicole Herrmann, Olaf Kretzschmar, Gabriele Krink, Shams Ul-Haq, Christian Zarm. Freie Redakteure sind in ihren jeweiligen Artikeln gekennzeichnet.

Mantelproduktion Verlag
Berliner Journalisten Verlagsgesellschaft
Schönhauser Allee 122
D-10437 Berlin
Tel. 030/28 50 43 33
Fax 030/28 50 43 34

Fotos
siehe jeweiliger Bildnachweis.

Mediadaten
Das Medienmagazin journalistenblatt veröffentlicht keine gewerblichen Werbeanzeigen.

Erfüllungsort, Gerichtsstand
Hamburg

V.i.S.d.P.
Andreas Christensen

Erscheinungstermine
Das Medienmagazin journalistenblatt erscheint jedes Jahr im Februar, Mai, August und November. Bei besonderen Anlässen kann der Erscheinungstermin abweichen.

Bezug/Preis
Der Bezug ist in der Mitgliedschaft von DPV und bdfj ohne Aufpreis enthalten. Adressänderungen sind den Berufsverbänden bitte umgehend mitzuteilen.

Archiv und Nachbestellung
Unter www.journalistenblatt.de sind alle Ausgaben des Medienmagazins archiviert und, wenn nicht vergriffen, für Mitglieder als Print kostenfrei nachbestellbar.

www.journalistenblatt.de

Die Veröffentlichungen externer Autoren geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte oder Bilder und Illustrationen kann keine Haftung übernommen werden. Der Nachdruck ist, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Interesse zukommt, Geheimnisverrat zu verfolgen, hat Otto Schily mit seiner Ansicht recht, dass das Strafverfolgungsinteresse beim Verrat vertraulicher oder geheimer Informationen grundsätzlich Vorrang vor dem Rechercheinteresse habe. Für das Verhältnis zwischen der Pressefreiheit und dem Schutz vertraulicher oder geheimer Informationen gilt vielmehr der Grundsatz, dass die Öffentlichkeit von Unterlagen die Regel, Geheimhaltung die Ausnahme ist. Zudem ist die Antwort auf die Frage, welche Informationen von öffentlichem Interesse sind, nicht dem Staat vorbehalten, sondern von den Medien zu beantworten.

Zwar hat die Strafverteidigerin Stefanie Schork 2012 in der Neuen Juristischen Wochenschrift nicht ganz zu Unrecht darauf hingewiesen, dass diese Einschätzungsprärogative (sinngemäß: Beurteilungsspielraum, Anm. d. Red.) der Medienangehörigen bisweilen als Freibrief für die Verletzung von Persönlichkeitsrechten missverstanden wird. Der ganz überwiegenden Mehrheit der Medienangehörigen wird aber nicht abgesprochen werden können, dass sie sich in gutem Glauben auf der Grundlage exakter Tatsachen äußert und zuverlässige und genaue Informationen unter Beachtung ihres Berufsethos liefert. Die Pressefreiheit schützt Medienangehörige, die sich bei ihrer publizistischen Tätigkeit entsprechend verhalten – und nicht etwa auf die Idee kommen, einen Geheimnisträger zu einem Geheimnisverrat anzustiften, zum Beispiel durch Zahlung von Geld für eine geheime oder vertrauliche Information – vor staatlichen Maßnahmen, die darauf abzielen, den Informanten zu identifizieren, der ihnen vertrauliche oder geheime Informationen gegeben hat.

In einem Zivilprozess können als Zeugen geladene Medienangehörige die Aussage verweigern über die Person des Verfassers oder Gewährsmanns von Beiträgen und Unterlagen.

Eine hierauf gerichtete Durchsuchung der Wohnung oder des Arbeitsplatzes des Journalisten oder der Journalistin und die Beschlagnahme von Recherchematerial sind daher unzulässig. Verlangen Polizeibeamte im Auftrag der Staatsanwaltschaft gleichwohl mit diesem Ziel Einlass und können durch Vorzeigen ihrer Dienstausweise sowie eines Durchsuchungsbeschlusses belegen, dass ihnen geöffnet werden muss, sollte ihnen höflich und respektvoll begegnet werden. Die Kommunikation mit den Polizeibeamten sollte allerdings darauf beschränkt werden, das Abfotografieren des Durchsuchungsbeschlusses mit dem Smartphone zu verlangen, der Durchsuchung ausdrücklich zu widersprechen, die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts oder wenigstens eines Zeugen zu fordern sowie die Aushändigung des Protokolls der Durchsuchung und des dabei gegebenenfalls beschlagnahmten Materials wie Schriftstücke, Ton-, Bild- und Datenträger, Abbildungen und andere Darstellungen zu beanspruchen. Dabei sollte überprüft und darauf hingewirkt werden, dass der Widerspruch gegen die Durchsuchung und eine etwaige Beschlagnahme im Protokoll ausdrücklich vermerkt ist. Um eine Verwertung der bei der Durchsuchung gewonnenen Erkenntnisse zu verhindern und die beschlagnahmten Unterlagen zurückzubekommen, muss gegen die gerichtliche Durchsuchungs- und Beschlagnahmeanordnung beim erlassenden Gericht Beschwerde eingelegt werden.

Selbsternannten „Anhängern der Pressefreiheit" und vermeintlichen „Hütern der Verfassung" darf die Deutungshoheit darüber nicht überlassen werden, was die Öffentlichkeit zu interessieren hat.

Um den Informanten vor Entdeckung zu schützen, dürfen Medienangehörige in einem etwaigen Strafverfahren, in dem sie nicht sowieso als Beschuldigte zum Schweigen berechtigt sind, die Aussage verweigern, etwa über die Person des Verfassers oder Einsenders von Beiträgen und Unterlagen oder des sonstigen Informanten sowie über die ihnen im Hinblick auf ihre Tätigkeit gemachten Mitteilungen, über deren Inhalt sowie über den Inhalt selbst erarbeiteter Materialien und den Gegenstand berufsbezogener Wahrnehmungen (§ 53 Strafprozessordnung). Das Zeugnisverweigerungsrecht über den Inhalt selbst erarbeiteter Materialien und den Gegenstand entsprechender Wahrnehmungen entfällt allerdings, wenn die Aussage zur Aufklärung eines Verbrechens beitragen soll oder wenn die Ermittlungen bestimmte Straftaten wie zum Beispiel Friedensverrat, Landesverrat, Vergewaltigung und Geldwäsche zum Gegenstand haben und die Sachverhaltserforschung oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Jedoch kann auch in diesen Fällen die Aussage verweigert werden, soweit sie, wie oben bereits beschrieben, zur Offenbarung der Person des Verfassers oder Einsenders von Beiträgen und Unterlagen oder des sonstigen Informanten beziehungsweise der ihm im Hinblick auf seine journalistische Tätigkeit gemachten Mitteilungen oder deren Inhalts führen würde.

Auch in einem Zivilprozess können als Zeugen geladene Medienangehörige die Aussage verweigern über die Person des Verfassers, Einsenders oder Gewährsmanns von Beiträgen und Unterlagen sowie über die ihnen im Hinblick auf ihre Tätigkeit gemachten Mitteilungen, soweit es sich um Beiträge, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil handelt (§ 383 Zivilprozessordnung).

Um ihre unverzichtbare Rolle als Public Watchdog weiterhin spielen zu können, ist es unerlässlich, dass sich Medienangehörige auch künftig konsequent auf diese im Grundgesetz verbürgten Rechte berufen, und nicht selbsternannten „großen Anhängern der Pressefreiheit" und vermeintlichen „Hütern der Verfassung" die Deutungshoheit darüber überlassen, was die Öffentlichkeit zu interessieren hat und welche Informationen dafür im Interesse einer zuverlässigen und genauen Unterrichtung und Aufklärung beschafft und verwendet werden dürfen.

Cord Henrich Heinichen, *Jahrgang 1959, studierte Jura in Regensburg, Berlin und Göttingen. Nach einer Tätigkeit als Verwaltungsrichter machte er einen MBA in Finanzdienstleistungen an der University of Wales. Nach langjähriger Tätigkeit als Partner einer Großkanzlei praktiziert er inzwischen als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht in eigener Anwaltssozietät Heinichen Laudien in Berlin.*

Engagement – RückBLENDE

Mai 2019

UN-Kongress zum Tag der Pressefreiheit

An der bedeutendsten Konferenz zum Welttag der Pressefreiheit, welche in Addis Abeba (Äthiopien) mit der UNESCO als Organisator stattfindet, nehmen als deutsche Vertreter Vorstandsmitglieder der beiden Berufsverbände DPV und bdfj teil. Die mehrtägige Konferenz steht unter dem Motto „Journalismus und Wahlen in Zeiten von Desinformationen", wobei Lügen und Unwahrheiten bekanntermaßen seit jeher zum politischen Geschäft gehören. „Leider muss immer wieder an Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte erinnert werden: Jeder hat das Recht auf Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit; dies beinhaltet das Recht, Meinungen ohne Einmischung sowie Informationen und Ideen durch alle verfügbaren Medien zu recherchieren und zu verbreiten, unabhängig von Grenzen", sagt Christian Laufkötter, Sprecher des Journalistenzentrums Deutschland. DPV und bdfj verteidigen die Pressefreiheit in Deutschland und weltweit als Vorstandsmitglieder der deutschen Sektion des International Press Institute (IPI), der ältesten Organisation im Engagement für die Meinungsfreiheit. Außerdem ist der DPV, stellvertretend für die bdfj und das Journalistenzentrum Deutschland, 3-Sterne-Mitglied bei Reporter ohne Grenzen. Das Journalistenzentrum Deutschland setzt sich international für die Wahrung der Pressefreiheit ein.

April 2019

Freiberufler sehen in Digitalisierung große Chancen für ihre Arbeit

Die Digitalisierung hält immer schneller und stärker Einzug in den beruflichen Alltag, vor allem in den von freiberuflich tätigen Journalisten. Bei allen Vorteilen, die die weltweite Vernetzung bietet, ist das Thema Datenschutz das am stärksten diskutierte. „Unsere Kolleginnen und Kollegen haben ein verbrieftes Recht, Quellen und Informanten zu schützen", sagt Christian Laufkötter, Pressesprecher der beiden Berufsverbände DPV Deutscher Presse Verband und bdfj Bundesvereinigung der Fachjournalisten in Hamburg. „Viele von ihnen wünschen sich deshalb bessere Programme und Mechanismen, um ihre Informationen und Daten noch besser vor unbefugtem Zugriff zu sichern." Diese Stimmung teilen freiberufliche Journalisten mit branchenfremden Freiberuflern in ganz Deutschland. Der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) hat jüngst die Ergebnisse einer Umfrage unter seinen Mitgliedern vorgestellt. So rechnen mehr als 80 Prozent der Freiberufler damit, dass sich die Digitalisierung bis zum Jahr 2025 stark (47 Prozent) oder sogar sehr stark (38,7 Prozent) auf ihre Tätigkeit niederschlägt. 40,8 Prozent der Befragten befürchten, ihre Daten nicht ausreichend schützen zu können. Dies führe dazu, dass der Kern der Freiberuflichkeit, nämlich die Vertraulichkeit, beeinträchtigt werden kann. Der Bundesverband vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe. Neben dem DPV gibt es keinen weiteren Journalistenverband, welcher sich in diesem wirkungsvollen Umfeld für die Belange von freiberuflichen Journalisten engagiert.

Studie: Politische Grundwerte von Journalisten

Das Journalistenzentrum Deutschland beteiligt sich an einer Studie der Universität Erfurt. Diese beschäftigt sich mit der These, dass sich der deutsche Journalismus in einer Krise befindet. Insbesondere in den letzten Jahren häufen sich die Begriffe „Fake News" oder „Lügenpresse", die die Glaubwürdigkeit des Journalismus in Frage stellen. Neben ihren eigenen Vorstellungen wirken verschiedene äußere Einflussfaktoren auf die Berichterstattung von Journalisten. Vor allem die politische Linie ihres Arbeitgebers scheint dazu zu zählen. Journalisten bewegen sich somit in einem Spannungsfeld aus verschiedenen inneren und äußeren Einflüssen. Aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung und des beschriebenen Spannungsfeldes von Journalisten scheint es an der Zeit für eine aktuelle Bestandsaufnahme. Im Kern des Projektes steht die Frage: Unterscheiden sich die politischen Grundwerte von Journalisten von der politischen Ausrichtung der Zeitung?

März 2019

Nach den Wahlen – Pressereise nach Südasien

Mit einer Zahl von 4 Teilnehmern bietet diese aktuelle Reise individuelle Recherchemöglichkeiten für die mitreisenden Kollegen. Ziel ist die Kulturhauptstadt Pakistans, Lahore. Für die mitreisenden Kollegen aus Deutschland ist es dabei überraschend, wie kontrovers die Podiumsdiskussionen zwischen Politikern und Journalisten geführt werden. Außerdem: Veranstaltung von zwei Workshops im Bereich Fotografie für Studenten der University of Lahore, ein Besuch der Zeremonie am Wagah Grenzübergang zwischen Indien und Pakistan und eine Visite beim Sikh Tempel Gurdwara Dera Sahib. Unter www.pressereisen.org informieren DPV und bdfj über anstehende Exkursionen „aus erster Hand".

Hohe Gefahr der Einschränkung der Meinungsfreiheit

Vorstandsmitglieder von DPV und bdfj beteiligen sich an Protesten, um eine Änderung des Artikels 13 (später Artikel 17) der geplanten „Richtlinie über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG" zu erreichen. Die Richtlinie wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Folge haben, dass Kommunikationsplattformen sogenannte Upload-Filter einsetzen werden. Derartige automatisierte Techniken werden zwangsläufig zu einer hohen Gefahr für die Meinungsfreiheit. Eine Stärkung des für Journalisten so wichtigen Urheberrechts sollte nicht von Grundrechtsverletzungen überschattet sein. Es besteht ein hohes Risiko, dass mit dieser Richtlinie der Zensur im Internet eine weitere Tür geöffnet wird. Gleichzeitig bieten derartige Gesetze immer wieder eine Vorlage für Diktaturen weltweit.

Institute of Journalism mit DPV und bdfj als Co-Organisatoren eröffnet

Vertreter von DPV und bdfj wohnen als Co-Organisatoren der Eröffnungszeremonie des „Institute of Journalism" bei. Gemeinsam möchte man in Zusammenarbeit mit den lokalen Medien und der deutschen Botschaft erreichen, dass speziell für junge Leute mit Hilfe des Instituts die Möglichkeit besteht, Medienaspekte zu studieren und zu verstehen, was die Umsetzung von Pressefreiheit in einem Land wie Pakistan bedeutet. Mit seinem eloquenten Vortrag trägt der deutsche Botschafter zu den wichtigen Themen Journalistenausbildung und Pressefreiheit bei, welchem der Gouverneur des Bundeslandes Punjab erfreulicherweise beipflichtet und weitere Unterstützung zusagt. Neben bekannten lokalen Journalisten ist der Informationsminister und weitere Minister des bei weitem bevölkerungsreichsten Bundeslandes vor Ort. Es zeigt sich hoffentlich bestätigt, dass die Pressefreiheit in diesem Land einer besseren Zukunft entgegen sieht.

Aktuelle Hinweise zum Engagement des Journalistenzentrum Deutschland finden Sie unter www.berufsvertretung.de

Sie sind Journalist?

Profitieren Sie von hervorragendem Service, Fachinformationen, qualifizierter Beratung, Presseausweis, wirksamem Engagement, Medienversorgung und zahlreichen weiteren Leistungen.

Die Journalistenverbände informieren Sie gerne:

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

Journalistenzentrum Deutschland
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040 / 8 99 77 99
info@journalistenverbaende.de

www.journalistenverbaende.de